



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Hintergründe und Ursachen der Staatsverschuldung
Griechenlands“

Verfasserin

Stefanie Antonia Menhofer

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, im März 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 157

Studienrichtung lt. Studienblatt: Internationale Betriebswirtschaft

Betreuer/Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Robert Kunst

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe.

Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 30. März 2011

Stefanie Menhofer

Danksagung

Einen großen Dank möchte ich an Univ. Prof. Dr. Robert Kunst richten für die Unterstützung und Hilfe bei der Verfassung meiner Arbeit.

Weiters möchte ich meinen Eltern Sonja und Kurt danken, ohne deren unglaubliche Unterstützung, Vertrauen und Liebe, ich dieses Studium niemals geschafft hätte, Amelie und Alexander, meinen Geschwistern, die immer zur richtigen Zeit den richtigen Rat parat haben. Ein weiterer großer Dank gilt Flori für die unzähligen Stunden Korrekturlesen und für die Hilfe zu jeder erdenklichen Uhrzeit und Florian der die letzten Jahre immer an meiner Seite war.

Last but not least danke ich meinen großartigen Freundinnen Julia, Pepita und Sophie, die jede auf ihre ganz eigene Art Stütze und Antrieb für mich sind.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	1
1.1. Einige wichtige Begriffe	3
2. GRIECHENLAND	4
2.1. Die wichtigsten volkswirtschaftlichen Daten Griechenlands	5
2.2. Zeitliche Abfolge der griechischen Krise	9
2.3. Memorandum of Understanding	13
2.4. Das Budget 2011	14
3. URSACHEN UND AUSWIRKUNGEN DER GRIECHISCHEN KRISE	16
3.1. Die griechische Staatsverschuldung und das Budgetdefizit	17
3.2. Die griechische Krise – eine europäische Krise?	25
3.3. Vergleich mit europäischen Staaten und deren Verschuldung	27
3.3.1. PI(I)GS	27
3.3.2. Die griechische Staatsverschuldung im Vergleich	29
3.3.3. Exkurs: Beispiel Japan	32
3.4. Faktor Inflation	33
3.5. Der Einfluss des Finanzmarktes auf die griechische Krise	35
3.6. Strukturelle Probleme Griechenlands	36
3.6.1. Hohe Personal- und Sozialausgaben	37
3.6.2. Pensionsreform	39
3.6.3. Rüstungsausgaben	40
3.6.4. Steuereinnahmen	40
3.6.5. Korruption	42
4. DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION	43
4.1. Die erste Stufe der EWWU	44
4.1.1. Vertrag von Maastricht	45

4.2.	Die zweite Stufe der EWWU	46
4.3.	Die dritte Stufe der EWWU	46
4.4.	Der Wachstums- und Stabilitätspakt.....	47
4.4.1.	Die präventive Komponente – haushaltspolitische Überwachung	49
4.4.2.	Die korrektive Komponente – Verfahren bei einem übermäßigem Defizit	50
4.5.	Kritik am Wachstums- und Stabilitätspakt	52
5.	ZUSAMMENFASSUNG	55
6.	QUELLENVERZEICHNIS	57
6.1.	Literatur.....	57
6.2.	Internetquellen	60

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: OECD Economic Outlook 88 Database, Greece: Economic Profile (2007-2012).....	5
Abbildung 2: IMF World Economic Outlook 2010: Current account balances in % of GDP.....	7
Abbildung 3: IMF World Economic Outlook 2010, Leistungsbilanzsalden von Österreich, Deutschland, Griechenland, Italien und Spanien.....	8
Abbildung 4: OECD Economic Outlook 88 Database, Current Account Balance.....	9
Abbildung 5: Hellenic Republic, Ministry of Finance, Main components of the deficit revision of Greece 2009.....	10
Abbildung 6: Hellenic Republic, Ministry of Finance, Main components of debt revision compared to April.....	11
Abbildung 7: Hellenic Republic, Ministry of Finance, Haushaltskonsolidierung Griechenlands vor und nach der Revision für die Jahre 2009-2010.....	15
Abbildung 8: Hellenic Republic, Ministry of Finance, Evolution of general government debt.....	17
Abbildung 9: Hellenic Republic, Ministry of Finance, General Government Deficit of Greece 2006 – 2014.....	18
Abbildung 10: Hellenic Republic, Ministry of Finance, General Government Expenditures and Revenues (% GDP) 2006 – 2014.....	21
Abbildung 11: Hellenic Republic, Ministry of Finance, Primary Balance in % GDP of Greece 2006 – 2014.....	23
Abbildung 12: Die Presse, Vergleich der wichtigsten Wirtschaftsdaten PIIGS.....	28
Abbildung 13: Abboushi, S., Government Deficit in % to GDP Ratio for Greece, Euro Zone and EU.....	29
Abbildung 14: Abboushi,S., Debt to GDP Ratio for Euro Countries – 2009.....	30
Abbildung 15: OECD, Economic Outlook, Public Debt.....	31
Abbildung 16: OECD Economic Outlook, Japan.....	33
Abbildung 17: The Financial Times Deutschland, Percent of total government expenditures – 2006.....	37
Abbildung 18: Ministry of Finance, Economic Adjustment Program, Collection of tax arrears.....	41
Abbildung 19: EZB, Wirtschafts- und Währungsunion, Die drei Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion.....	44

1. Einleitung

Die elementare Frage, die während der wohl bedeutendsten europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre immer wieder gestellt wurde und auch heute noch Kontroversen hervorruft, ist, wie ein Staat eine ganze Währungsunion in eine Krise stürzen konnte. Trotz der zahlreichen Kontrollen, die von den europäischen Institutionen vorgegeben werden und der gesetzlich festgelegten Kriterien, die ein Mitgliedsstaat einhalten muss, kam es dennoch beinahe zum Staatsbankrott Griechenlands.

Das Ziel dieser Arbeit ist, die unterschiedlichen komplexen Ursachen herauszufiltern, die zu der hohen Staatsverschuldung Griechenlands geführt haben. Auch die weltweite Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Griechenland werden erläutert. Gleich zu Beginn muss jedoch deutlich klargestellt werden, dass keineswegs die globale Krise alleine die Verantwortung für die kritische Lage Griechenlands trägt, sondern auch strukturelle Probleme des Staates, falsche Dokumentenübermittlungen der griechischen Regierung und Spekulationen die die Situation verschlechtert haben. Trotz der europäischen Auflagen bezüglich des Hilfspakets wird in den Medien immer wieder berichtet, dass Griechenland über einen längeren Zeitraum hinweg falsche, geringere Angaben des Schuldenstandes veröffentlicht hat. Es ist ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren, die gemeinsam diese Situation hervorgerufen haben. Welche möglichen strukturellen Probleme Griechenlands könnten ein Grund der Krise sein? Wie wirken sich diese auf die wirtschaftliche Lage des Landes aus? Inwieweit sind die Europäische Währungsunion und ihre Kontrollen effektiv?

Das erste Kapitel über das europäische Mitglied Griechenland soll Aufschluss geben über die allgemeinen Wirtschaftsdaten des Landes und beinhaltet einige historische Fakten der letzten Jahre sowie aktuelle Zahlen, die einen Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands geben werden. Eine zeitliche Abfolge der griechischen Krise wird ebenfalls angeführt. Weiters werden in diesem Kapitel das Memorandum of Understanding erklärt, eine überarbeitete Version des Programmes für Stabilität und Entwicklung (PSA). Außerdem wird ein Ausblick gegeben, wie die griechische Regierung versucht die Fiskalpolitik wieder auf einen positiven Weg zu bringen mit dem Budgetplan für das Jahr 2011.

Eine besondere Aufmerksamkeit ist dem darauffolgenden Kapitel, über Ursachen und Auswirkungen der griechischen Krise, beizumessen. Wie kann es dazu kommen, dass

Griechenlands Staatsverschuldung eine Gefahr für den gesamten Euroraum darstellt? Zu Beginn wird sowohl die griechische Staatsverschuldung als auch das Budgetdefizit in einem theoretischen Ansatz beschrieben und die wichtigsten Daten dazu angeführt. Es wird untersucht wie sich strukturelle Probleme des Staates und die Vorgaben der Europäischen Union auf die finanzielle Lage Griechenlands auswirken. Um diese Fragen beantworten zu können wird ein Vergleich gezogen bezüglich der Staatsverschuldung Griechenlands und den Verschuldungsquoten anderer europäischer Länder aber auch nicht-europäischer Staaten, wie zum Beispiel Japan. Des Weiteren wird der Einfluss internationaler Finanzmärkte, der einen nicht zu unterschätzenden Anteil zur griechischen Krise beigetragen hat, auf Griechenland beschrieben. In diesem Teil der Arbeit wird beobachtet wie und inwieweit Spekulationen eine Rolle gespielt haben. Die Frage ist, ob die Situation verhindert hätte werden können, wenn der Markt nicht so stark auf die Nachricht reagiert hätte, dass sich Griechenland in finanziellen Schwierigkeiten befindet? Einen weiteren wesentlichen Teil des dritten Kapitels bildet der Abschnitt über die strukturellen Probleme Griechenlands. Hier werden Themen wie die geplante Pensionsreform, das uneffektive Steuersystem, besonders hohe Rüstungs- und Sozialausgaben und das Thema Korruption behandelt.

Im vierten Kapitel wird die europäische Wirtschafts- und Währungsunion näher beschrieben deren Aufgabe es ist die Mitgliedsstaaten zu vereinen und auch zu kontrollieren. Dadurch sollen Zusammenhänge erläutert werden, die eine entscheidende Rolle in der Staatskrise Griechenlands spielen. Genauer beschrieben werden in diesem Teil der Arbeit sowohl die Entstehung der Europäischen Währungsunion und ihre Aufgaben als auch der Wachstums- und Stabilitätspakt und dessen Funktion. Am Ende dieses Kapitels werden noch einige Kritikpunkte an diesem Pakt angeführt und diskutiert.

Das übergreifende Ziel der Diplomarbeit ist es, dem Leser einen sachlich präzisen und dennoch verständlichen wissenschaftlichen Überblick der Komplexität der Griechenlandkrise zu verschaffen.

1.1. Einige wichtige Begriffe

Zu Beginn müssen einige Begriffe definiert werden¹:

- Die Staatsverschuldung gibt die Verschuldung eines Staates in absoluten Zahlen an.
- Die Staatsverschuldungsquote ist das Verhältnis der Verschuldung in absoluten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt und wird auch Verschuldungsquote genannt.
- Ein Budgetdefizit entsteht, wenn die Einnahmen des Staates geringer sind als seine Ausgaben und wird als Quotient des BIP in Prozent angegeben. Dieser Wert wird auch Haushaltsdefizit genannt und beinhaltet ausschließlich den öffentlichen Haushalt, inkludiert aber weder Firmen noch private Haushalte. Auf das Budgetdefizit beziehen sich die Maastricht Grenzen und die Staatsverschuldung. Der öffentliche Haushalt trägt rund 20% zum Bruttoinlandsprodukt bei.
- Das Leistungsbilanzsaldo ist die Differenz zwischen den inländischen Ausgaben und dem inländischen Output und betrifft alle Sektoren eines Staates. Hier werden im Gegensatz zum öffentlichen Haushalt alle wirtschaftlichen Sektoren, wie private Haushalte und auch Firmen einbezogen. Dieser Wert wird häufig als Vergleich für die Wettbewerbsfähigkeit von Ländern herangezogen.
- Die Auslandsverschuldung ist der Anteil der Verschuldung im Ausland und bezieht sich meist auf die gesamte Wirtschaft.
- Für das Primärleistungsbilanzsaldo, auch Handelsbilanz genannt, gibt es unterschiedliche Definitionen:²
 - die Differenz zwischen den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben und dem gesamtwirtschaftlichen Output
 - die Differenz zwischen Exporten und Importen
- Die Neuverschuldung ist die Höhe des Haushaltsdefizits jährlich gemessen als Quotient des Bruttoinlandsproduktes.

¹ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S.727-735)

² vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 734)

2. Griechenland

Um einen Eindruck zu bekommen, wie der Staat Griechenland funktioniert und wo seine strukturellen Probleme liegen könnten, wird dieses Kapitel die wichtigsten volkswirtschaftlichen Daten aufzählen, die Struktur Griechenlands erläutern, die zeitliche Abfolge der Krise schildern und die geplanten Maßnahmen zur Stabilisierung der Fiskalpolitik des Landes anführen.

In Griechenland leben 11.050.000 Einwohner auf 131.940 Quadratkilometern. Die gültige Verfassung wurde 1975 eingeführt und die Staatsform des Landes ist eine parlamentarische Demokratie mit dem Staatsoberhaupt Präsident Karolos Papoulias. Der Regierungschef Griechenlands ist Giorgos Andrea Papandreou und die Legislative wird vom Parlament ausgeübt. Griechenland ist seit 1981 Mitglied der Europäischen Union und des weiteren Mitglied in verschiedenen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der „Organization for economic co-operation and development“ (OECD), der Weltbank, dem Europa Rat, dem „Internationalen Währungsfonds“ (IWF) und der „United Nations educational, scientific and cultural Organization“ (UNESCO).³

Griechenland hat durch die jahrelange defizitäre Haushaltspolitik eine hohe Staatsverschuldungsquote von 126,8% im Jahr 2009 zu refinanzieren und ein Haushaltsdefizit, der Quotient aus dem Defizit des öffentlichen Haushalts und dem BIP, von 15,4% im Jahr 2009 auszugleichen.⁴ Nicht nur die Maastricht Kriterien und die Folgen der Nichteinhaltung der vorgegebenen Grenzen, sondern auch die strukturellen Probleme, wie die Ineffizienz des Steuersystems oder die dringend benötigte Rentenreform stellen eine große Herausforderung für die griechische Regierung dar.

Um eine detaillierte Vorstellung zu bekommen, wie diese Krise entstehen konnte, ist es notwendig zu berücksichtigen, dass Griechenland historisch betrachtet immer eines der wirtschaftlich schwächeren Euromitgliedsstaaten war. Die hohe Inflation und wirtschaftliche Instabilität stellten wie in vielen anderen südlichen Staaten der Eurozone eine große Herausforderung für Politik und Wirtschaft dar. Jedoch ist zu bedenken, dass diese Schwierigkeiten nicht nur national zu bewältigen sind, sondern die gesamte

³ vgl. http://europa.eu/abc/european_countries/eu_members/greece/index_de.htm

⁴ vgl. Hellenic Republic, Ministry of Finance, Budget 2011 (S.4-7)

Europäische Union betreffen. Die spezielle Problematik der Inflation und auch der Staatsverschuldung werden im *Kapitel 3* näher erläutert.

2.1. Die wichtigsten volkswirtschaftlichen Daten Griechenlands

Greece: Demand, output and prices

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Current prices € billion	Percentage changes, volume (2000 prices)				
Private consumption	162.7	2.3	-1.8	-3.9	-4.3	-0.3
Government consumption	38.5	0.6	9.6	-8.9	-6.9	-5.8
Gross fixed capital formation	48.4	-7.4	-13.9	-18.2	-10.6	-2.2
Final domestic demand	249.6	0.1	-2.5	-7.2	-5.7	-1.4
Stockbuilding ^{1,2}	2.0	1.1	-0.1	1.3	-0.3	0.0
Total domestic demand	251.6	1.0	-2.5	-5.9	-5.8	-1.4
Exports of goods and services	51.4	4.0	-18.1	-3.5	3.9	8.2
Imports of goods and services	76.6	0.2	-14.1	-11.7	-10.0	-0.5
Net exports ¹	-25.1	0.9	0.7	3.0	3.7	1.9
GDP at market prices	226.4	1.3	-2.3	-3.9	-2.7	0.5
GDP deflator	—	3.5	1.3	3.3	2.4	1.0
<i>Memorandum items</i>						
Harmonised index of consumer prices	—	4.2	1.3	4.7	2.5	0.7
Private consumption deflator	—	4.1	1.3	4.0	2.5	0.7
Unemployment rate	—	7.7	9.5	12.2	14.5	15.2
General government financial balance ³	—	-7.8	-13.7	-8.3	-7.6	-6.5
Current account balance ⁴	—	-14.7	-11.4	-10.5	-7.5	-5.9

Note: The fiscal projections, which were finalised on the 12th November, do not take into account subsequent upward revisions in the 2009 deficit and debt.

1. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

2. Including statistical discrepancy.

3. National Accounts basis, as a percentage of GDP.

4. On settlement basis, as a percentage of GDP.

Source: OECD Economic Outlook 88 database.

Abb. 1: OECD Economic Outlook 88 Database, Greece: Economic Profile (2007-2012)⁵

Abbildung 1 liefert einen Überblick über die wichtigsten ökonomischen Daten Griechenlands zwischen 2007 und 2012. Die Daten von 2010 bis 2012 sind Prognosen, die einen möglichen weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Lage darstellen. Erkennbar

⁵ vgl. http://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-greece_20752288-table-grc

ist eine Differenz in fast allen Bereichen zwischen 2008 und 2009. Die Arbeitslosenrate liegt im Jahr 2009 bei 9,5% und im Jahr darauf bei 12,2%. Signifikant ist der erhöhte Staatsverbrauch nach 2008 mit 0,6% der im Jahr 2009 bei 9,6% lag. Besonders deutlich drückt sich die finanzielle Krise Griechenlands durch die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes aus, das eine Schwankung zwischen dem Jahr 2008 mit 1,3% und dem Jahr 2009 zeigt, in welchem dieser Wert bei -2,3% liegt und die Prognose erst für 2012 einen positiven Wert vorhersagt.

Die Leistungsbilanzdaten von verschiedenen europäischen Staaten werden in den folgenden Abbildungen näher erörtert und vergleichend dargestellt. Das Leistungsbilanzsaldo gibt eine Möglichkeit Staaten durch ihre Wettbewerbsfähigkeit zu vergleichen. Das Leistungsbilanzsaldo ist die Differenz zwischen den inländischen Ausgaben und dem inländischen Output.⁶ Dementsprechend ergeben sich die Ausdrücke Leistungsbilanzüberschuss, wenn der Output höher ist als die Ausgaben und Leistungsbilanzdefizit, wenn die Ausgaben höher sind als der Output. Zu betonen ist, dass das Leistungsbilanzdefizit eines Staates alle Sektoren, wie auch Firmen und private Haushalte betrifft und ein passiver Saldo ist. Das bedeutet, dass er als Rückstellung in der Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden muss. Das Defizit des öffentlichen Haushaltes im Gegensatz dazu wird erstellt ohne diese Sektoren miteinzubeziehen. Dies wiederum bedeutet, dass das Leistungsbilanzsaldo eines Staates zwar einen Vergleich unter Ländern ermöglicht, aber das Haushaltsdefizit eines Landes tatsächlich Auskunft gibt über die Verschuldung eines Staates. Daraus lässt sich ableiten, dass Staaten in Zeiten der Rezession durchaus ein fallendes Leistungsbilanzdefizit vorweisen können, aufgrund von weniger Importen und weniger Investitionen, obwohl das Haushaltsdefizit steigt und somit die Verschuldung eines Landes.

⁶ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 730)

Country	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Austria	3.265	2.304	2.314	2.397	2.380	2.390	2.348
Germany	6.729	4.890	6.055	5.830	5.271	4.876	4.419
Greece	-14.551	-11.213	-10.837	-7.748	-6.851	-5.967	-5.086
Italy	-3.418	-3.170	-2.861	-2.694	-2.619	-2.531	-2.476
Spain	-9.739	-5.532	-5.231	-4.750	-4.554	-4.304	-4.238

Abb. 2: *Current account balances in % of GDP*⁷

Abbildung 2 ermöglicht einen Vergleich zwischen Österreich, Deutschland, Griechenland, Italien und Spanien durch deren Leistungsbilanzsalden. Erkennbar ist, dass hier zwei verschiedene Gruppen von europäischen Mitgliedern verglichen werden:

- Griechenland, Italien und Spanien, gemeinsam mit Portugal und Irland, zählen zu den sogenannten PIIGS. Diese vier/fünf Staaten haben ähnlich hohe Verschuldungsquoten und ähnliche Probleme sich an die europäischen Kriterien zu halten, *siehe Kapitel 3.2.2.*⁸ In *Abbildung 2* wird deutlich, dass Griechenland, Italien und Spanien seit 2008 Leistungsbilanzdefizite aufweisen.
- Österreich und Deutschland gehören zu den ökonomisch stabileren Staaten in der Europäischen Union und haben seit 2008 einen Leistungsbilanzüberschuss vorzuweisen.

⁷ vgl.

http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/weorept.aspx?sy=2008&ey=2015&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&pr1.x=22&pr1.y=4&c=122%2C136%2C134%2C174%2C184&s=BCA_NGDP_D&grp=0&a=#notes

⁸ vgl. Forsyth, R. (Zugriff am 11.1.2011)

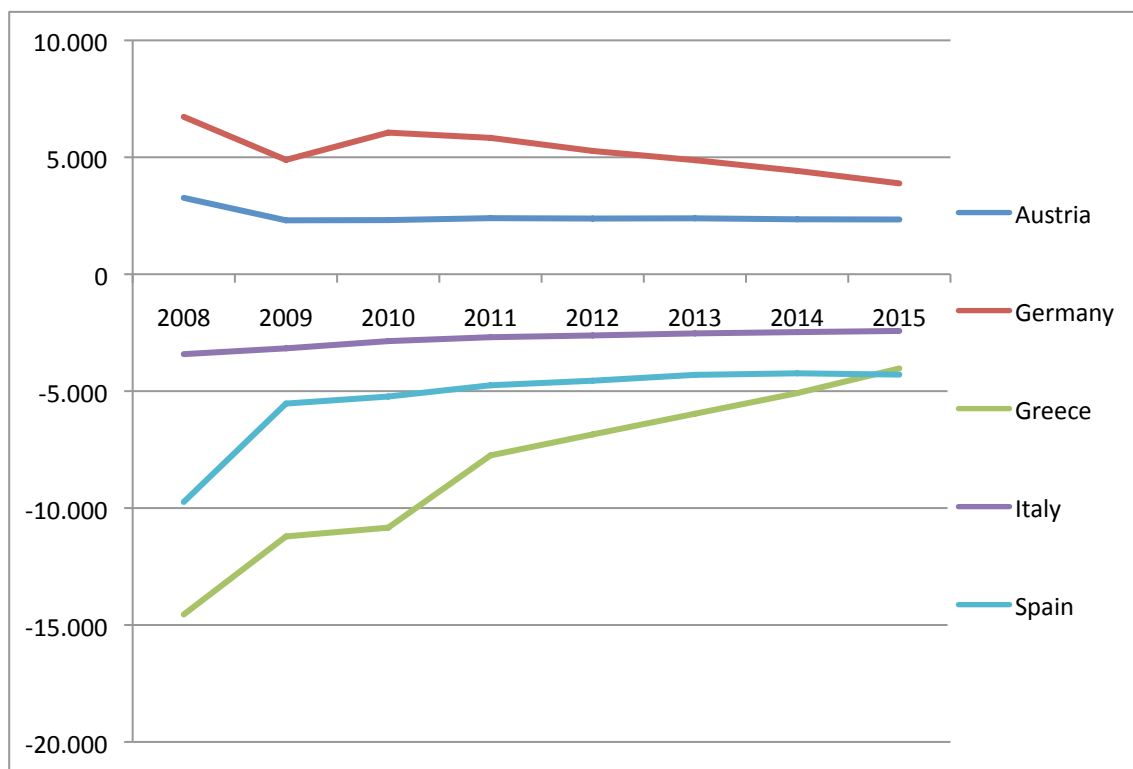


Abb. 3: Leistungsbilanzsalden von Österreich, Deutschland, Griechenland, Italien und Spanien graphisch dargestellt⁹

Abbildung 3 zeigt die Leistungsbilanzen einiger europäischer Mitgliedsländer darunter Österreich, Deutschland, Griechenland, Italien und Spanien und den Unterschied zwischen den einzelnen Staaten. Deutlich zu erkennen ist, dass Griechenland im Vergleich eine negative Leistungsbilanz aufweist. In dieser Grafik ist ein Teil der Daten eine Prognose für die kommenden Jahre, die aber eine positive Tendenz vermuten lassen. Es wird dargestellt, wie Österreich und Deutschland den positiven Teil des Graphen einnehmen und Italien, Griechenland und Spanien über einen längeren Zeitraum hinweg Leistungsbilanzdefizite aufweisen.

⁹ vgl. IMF World Economic Outlook 2010

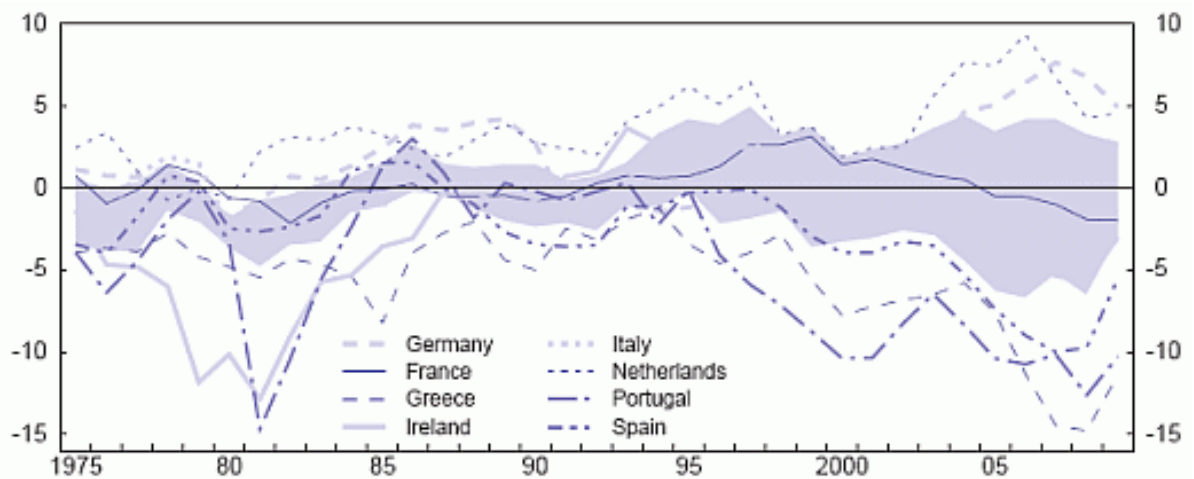


Abb. 4: OECD Economic Outlook Database, Current Account Balances (as a percentage of national GDP)¹⁰

Abbildung 4 zeigt einen weiteren Vergleich zwischen mehreren europäischen Mitgliedern und deren Leistungsbilanzen. Irland, Portugal, Spanien und Griechenland bewegen sich vor allem ab dem Jahr 2000 deutlich im negativen Bereich des Graphen. Im Gegensatz dazu ist zu beobachten, dass Deutschland, Frankreich und die Niederlande von 1975 bis heute ihre Leistungsbilanz im positiven Bereich halten konnten. Wie schon erwähnt können die Leistungsbilanzsalden in Zeiten einer Rezession sich durchaus verbessern, auch wenn im Gegensatz dazu das Defizit des Haushaltsbudgets eines Landes steigt.

2.2. Zeitliche Abfolge der griechischen Krise

Um die Problematik rund um die finanzielle Krise Griechenlands verstehen zu können, ist die Abfolge und deren relevanteste Fakten von Bedeutung, welche anschließend genauer erörtert werden.

Das Haushaltsdefizit Griechenlands vervierfachte sich zwischen 2006 und 2009 von 9,85 Milliarden Euro auf 36,2 Milliarden Euro 2009. Die Staatsverschuldung erhöhte sich von 97,4% des BIP 2003 auf 126,8% im Jahr 2009. In absoluten Zahlen verdoppelte sich die Verschuldung Griechenlands von 168 Milliarden Euro 2003 auf 298 Milliarden Euro 2009.¹¹ Das griechische Haushaltsdefizit wurde im April des Jahres 2009 zunächst auf 12,7% des BIP geschätzt. Das Haushaltsdefizit ist der

¹⁰ vgl. http://www.oecd.org/document/12/0,3746,en_2649_37443_46600972_1_1_1_37443,00.html

¹¹ vgl. Hellenic Republic, Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 3)

Quotient aus dem jährlichen Defizit des öffentlichen Haushaltes und dem BIP und wird in Prozent angegeben.¹² Im Laufe des Jahres 2009 musste diese Quote von der neuen griechischen Regierung unter Präsident Papandreou von 12,7% auf 13,9% und später in diesem Jahr weitere Anpassungen vorgenommen werden, bis das Haushaltsdefizit des Jahres 2009 auf 15,4% festgesetzt wurde, siehe *Abbildung 5*. In absoluten Zahlen betrug das Haushaltsdefizit 2009 36,2 Milliarden Euro.¹³ Revision in diesem Zusammenhang bedeutet, dass das angenommene Defizit neu unter verschiedenen Aspekten berechnet wurde. Solche Aspekte sind zum Beispiel Maßnahmen, die gesetzt werden mussten auf Grund der finanziellen Lage des Staates oder Verluste staatlicher Unternehmen die nachträglich in das öffentliche Haushaltsdefizit einberechnet wurden. All diese zusätzlichen Faktoren wurden zu dem bereits bekannten Defizit addiert, wodurch ein Defizit nach der Revision entsteht.

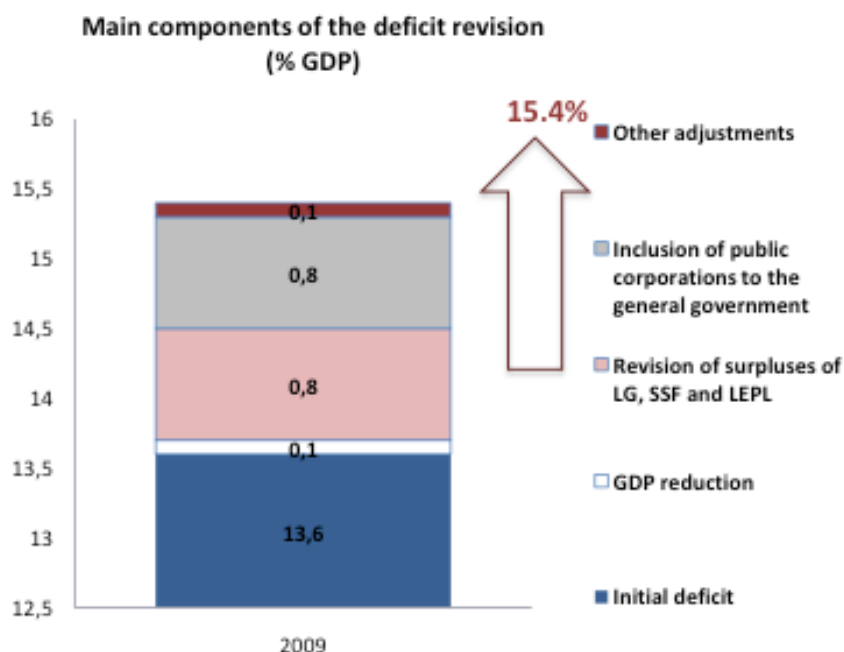


Abb. 5: *Main components of the deficit revision of Greece 2009*¹⁴

Die Staatsverschuldungsquote, die das Verhältnis von der Verschuldung zum BIP angibt, erhöhte sich im Jahr 2009 auf 116,3%. Am Ende des Jahres 2009 wurde der überarbeitete Wert der Staatsverschuldung des Jahres angegeben mit 126,8% des BIP

¹² vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 730)

¹³ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 4)

¹⁴ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 4)

oder 298 Milliarden Euro, siehe *Abbildung 6*.¹⁵ Das Staatsdefizit in diesem Jahr übertraf die Annahmen um das Doppelte und stellte für die neue Regierung Papandreou eine große Herausforderung dar. Die abgewählte Regierung, Nea Demokratia unter Ministerpräsident Kostas Karamanlis, hinterließ einen finanziellen Missstand. Die akkumulierte Staatsverschuldung belief sich nach dem Regierungswechsel 2009 auf 303 Milliarden Euro.¹⁶

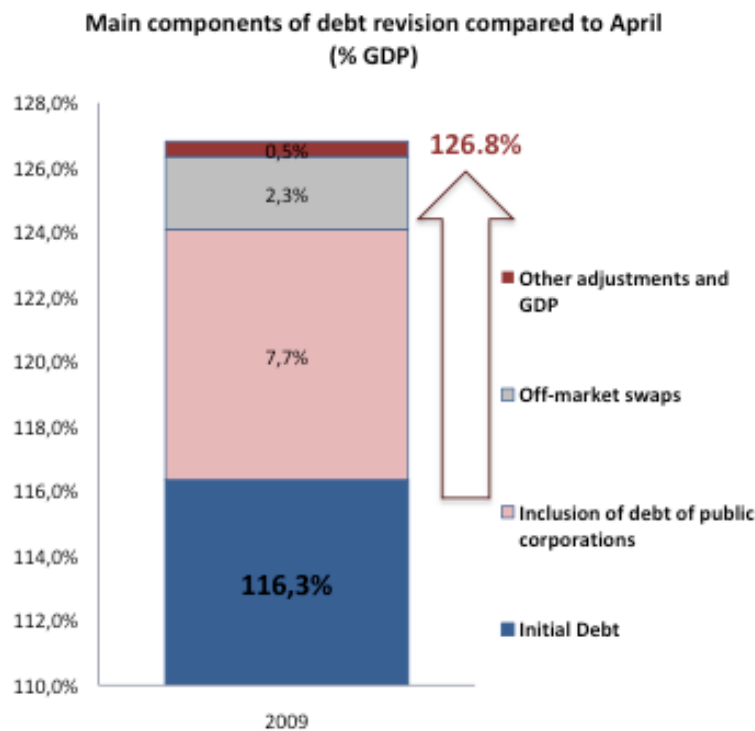


Abb. 6: *Main components of debt revision compared to April*¹⁷

Am 20. Oktober 2009 musste der neu ins Amt getretene Finanzminister Giorgos Papakonstantinou bekannt machen, dass die Staatsverschuldung Griechenlands erheblich höher war, als bis zu diesem Zeitpunkt bekannt war. Dieser Tag war entscheidend für die griechisch-europäische Krise. Staatsanleihen der Randländer der Währungsunion verloren an Wert und der Euro verlor im Vergleich zum Dollar zwischen Oktober 2009 und Juni 2010 insgesamt ein Viertel seines Wertes. In Folge dessen stiegen die Risikoabschläge - Beträge, die ein Land zusätzlich zahlen muss, wenn dieses im Gegensatz zu einem verlässlicheren Schuldner eine geringere Kreditwürdigkeit vorweist. Für Griechenland wurde am Kapitalmarkt aufgenommenes Geld um ein

¹⁵ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 7)

¹⁶ vgl. Kadritze, N., et al. (2010, S.8)

¹⁷ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 7)

Vielfaches teurer. Schon ein Zinsanstieg von nur einem Prozent erhöhte den geschuldeten Betrag um fast 3 Milliarden Euro pro Jahr. Je höher die Zinsen sind, die ein Staat zu begleichen hat, desto größer wird die Verschuldung bei gleichbleibenden Einnahmen und Ausgaben.¹⁸ Der Eintritt in die EWWU ermöglichte Staaten wie Griechenland die Aufnahme von Krediten zu wesentlich geringeren Zinssätzen. Diese Tatsache machte es für wirtschaftlich schwächere Staaten wesentlich attraktiver und auch einfacher Fremdkapital aufzunehmen.

Schon im Februar 2010 garantierte die Europäische Union Griechenland politische Unterstützung. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine Zusage zu einem konkreten Hilfspaket. Der griechische Staatshaushalt wurde unter europäische Kontrolle gestellt. Die finanzielle Unterstützung der Staatengemeinschaft wurde schließlich am 25. März 2010 mit der Auflage beschlossen, dass bilaterale Kredite mit Beteiligung des Internationalen Währungsfonds nur vergeben werden, wenn die Eurostabilität in Gefahr gerät.¹⁹

Am 24. April 2010 wurde Griechenlands Kreditwürdigkeit von der Ratingagentur Standard & Poor's auf Junk Bonds (BB+) abgestuft. Aufgrund dieser Abstufung wurden für Griechenland die Kredite um ein Vielfaches teurer. Ratingagenturen stufen die Bonität von Ländern ein, indem sie standardisierte Kennzahlen einsetzen, um die Ausfallswahrscheinlichkeit zu kennzeichnen. Je größer diese Wahrscheinlichkeit ist, desto kreditunwürdiger werden Staaten bewertet.²⁰

Am 10. Mai 2010 wurde das Hilfspaket für Griechenland von den europäischen Mitgliedsländern endgültig beschlossen. Die Eckpunkte dieses Paketes sind:²¹

- Im ersten Jahr soll das Hilfspaket ein Volumen von 45 Milliarden Euro haben.
- 30 Milliarden Euro übernehmen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.
- Insgesamt soll dieses Paket über die folgenden drei Jahre verteilt ein Volumen von 110 Milliarden Euro haben.

Noch im selben Monat einigten sich der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank und die EU-Kommission gemeinsam mit der griechischen Regierung auf

¹⁸ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.47-48)

¹⁹ vgl. Kadritze, N., et al. (2010, S.7)

²⁰ vgl. <http://www.economia48.com/deu/d/rating/rating.htm>

²¹ vgl. Kadritze, N., et al. (2010, S.7)

ein umfassendes Sanierungsprogramm. Dieses Sparprogramm stellte die Bedingung für die finanzielle Hilfe der Europäischen Gemeinschaft dar, *siehe Kapitel 2.3.*²²

Das Unverständnis und der große Unmut der griechischen Bevölkerung, als Antwort auf die geplanten Sparmaßnahmen, erschwerten zusätzlich die Arbeit der Regierung. Die finanzielle Lage Griechenlands wird zusätzlich durch strukturelle Probleme, die in *Kapitel 3.6* erläutert werden, erschwert.

2.3. Memorandum of Understanding

Um die Finanzhilfe der anderen Mitgliedsstaaten garantiert zu erhalten, unterzeichnete die griechische Regierung am 2. Mai 2010 das Memorandum of Understanding, in der weitere Maßnahmen und ein genauer Zeitplan für die Realisierung des Programms für Stabilität und Entwicklung beschlossen wurden. Das Programm für Stabilität und Entwicklung beinhaltete einige Maßnahmen und Vorgaben um das Defizit und die Staatsverschuldung Griechenlands zu verringern. Das Memorandum of Understanding ist eine überarbeitete Version dieses Programms. In diesem Vertrag wurden Griechenland und dessen Regierung genaue Vorgaben gegeben, wie die Fiskalpolitik in Zukunft aussehen muss. Die Steuererhöhungen und Haushaltskürzungen, die schon zu Beginn des Jahres von der griechischen Regierung verabschiedet wurden, wurden noch einmal überarbeitet und verschärft.²³

Die wichtigsten Punkte dieses Abkommens sind:²⁴

- Einsparungen im Haushaltsbudget durch Steuererhöhungen von 30 Milliarden Euro ab 2014
- Erhöhung der Mehrwertsteuer
- Erhöhung der Verbrauchssteuern für Kraftstoffe, Tabak und Alkohol
- Strafbesteuerung auf illegale Bauten und Nutzungen – diese Abgaben werden Schätzungen zufolge einen Ertrag von 800 Millionen Euro jährlich einbringen
- Kürzung der öffentlichen Löhne und Gehälter
- Absenkung der Pensionsansprüche
- Kürzung der öffentlichen Investitionen
- Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes

²² vgl. Kadritze, N., (2010, S.7)

²³ vgl. Wehr. A (2010, S.75-77)

²⁴ vgl. Meyer, D. (2010, S.615)

- Grundlegende Pensionsreform *siehe Kapitel 3.6.2*
- Reformen in den Bereichen Gesundheitswesen, Arbeitsmarktes und öffentlicher Verwaltungsstrukturen
- Schaffung eines freien Zugangs zu freien Berufen und Handwerksausübung
- Profitable Unternehmen sind verpflichtet eine Sonderabgabe von 10% ihres Gewinnes bis 2014 an den Staat zu zahlen. Dies bedeutet der Staat kann mit weiteren 600 Millionen Euro jährlich an zusätzlichen Einkünften rechnen.

Besonders betroffen von diesen Neuerungen sind Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, wobei hier erwähnt werden muss, dass Griechenland eine besonders hohe Dichte von Beamten hat, die besondere Privilegien genießen, *siehe Kapitel 3.6.1*.

Weiters verpflichtet sich Griechenlands Regierung im Memorandum unterschiedliche neue Gremien zu schaffen. Eines dieser Gremien ist der Financial Stability Fund, der im Auftrag der Regierung von der griechischen Nationalbank gebildet wird. Die Aufgaben dieses Financial Stability Funds sind Risiken für die finanzielle Stabilität des Staates frühzeitig zu erkennen und zu verhindern, die Überwachung der zeitgemäßen Rückzahlung der Kredite an den IWF und die EU zu kontrollieren und die Unterstützung der griechischen Wirtschaft und der Banken zu fördern. Eine weitere Hauptaufgabe ist die Sicherung der Liquidität Griechenlands. Die Europäische Union hat eine detaillierte Liste angegeben, wie der Financial Stability Fund ausgestattet zu sein hat, wie er arbeiten soll und welche Rechte ihm eingeräumt werden müssen. Mit Hilfe dieses Gremiums hat sowohl die Europäische Kommission, als auch die Europäische Zentralbank einen dauerhaften und direkten Einfluss auf das Finanz- und Wirtschaftssystem Griechenlands.²⁵

2.4. Das Budget 2011

Am 22. Dezember 2010 verabschiedete das griechische Parlament das neue Haushaltsbudget für das Jahr 2011. Das Ziel dieses Budgets ist die Reduktion des Haushaltsdefizites von 9,4% im Jahr 2010 auf 7,4% im Jahr 2011. In absoluten Zahlen wird eine Verringerung des Defizites von 5 Milliarden Euro angestrebt. Weiters wurden

²⁵ vgl. Wehr. A (2010, S.78)

Regelungen beschlossen die unter anderem eine Steuerreform, Beschränkungen im öffentlichen Dienst und Umsatzsteueranpassungen beinhalten.²⁶

Für das Fiskaljahr 2011 werden folgende Punkte angestrebt²⁷:

- Einführung jährlicher absoluter Obergrenzen für Staatsausgaben
- Anschaffung von Reserven während des Fiskaljahres
- Minimierung der jährlichen Neuverschuldung des Fiskaljahres
- Anpassung des schon verabschiedeten Haushaltes im Falle des Aufbrauchens der Reserven
- Verpflichtung volkswirtschaftliche Daten zu veröffentlichen

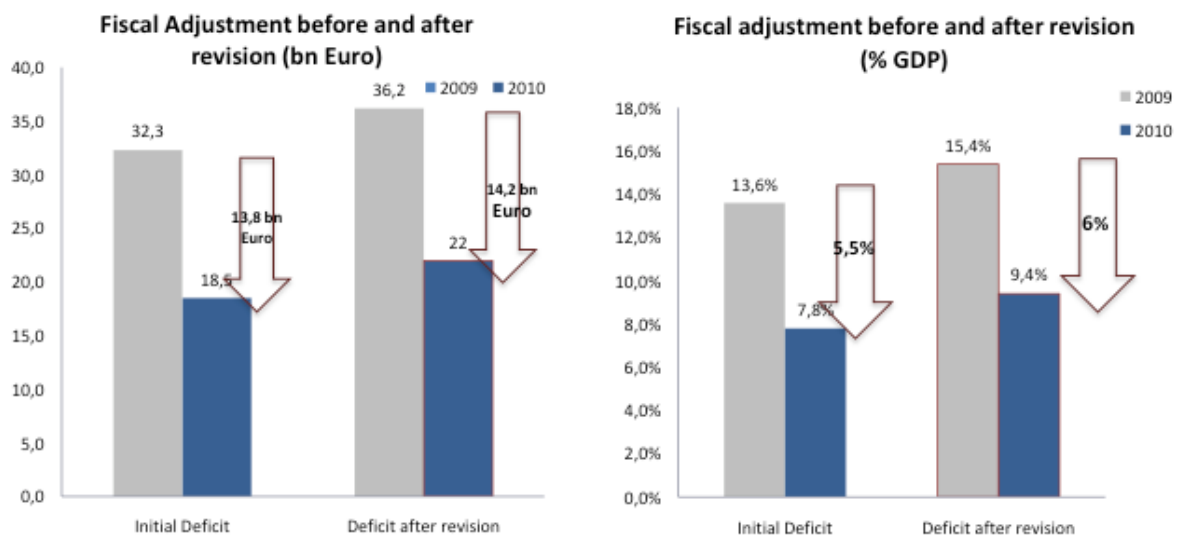


Abb. 7: Haushaltskonsolidierung Griechenlands vor und nach der Revision für die Jahre 2009-2010²⁸

Abbildung 7 zeigt die Haushaltskonsolidierung der griechischen Regierung zur Stabilisierung der Staatsschulden des Landes. Dies kann durch eine Erhöhung der Staatseinnahmen wie zum Beispiel Steuererhöhungen, einer Reduktion der Staatsausgaben oder durch eine Umschuldung auf Kredite mit einer geringeren Verzinsung erreicht werden.

²⁶ vgl.

<http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject,fileResourceObject.arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/stabilityGrowthProgram/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate>

²⁷ vgl. Ministry of Finance, Economic Adjustment Program

²⁸ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 11)

3. Ursachen und Auswirkungen der griechischen Krise

Der folgende Abschnitt der Arbeit beschäftigt sich mit den verschiedenen Ursachen der Finanzkrise Griechenlands und den Folgen die diese mit sich zieht. Zu Beginn werden die Staatsverschuldung und das Haushaltsdefizit in einem theoretischen Ansatz betrachtet. Es werden die Ursachen warum ein Staat sich verschuldet und die Gründe für diese Maßnahme näher erläutert. Im Zuge dessen werden die verschiedenen Aufgaben der Fiskalpolitik und die unterschiedlichen Formen der Stabilisierung von Staatsschulden diskutiert. Im Anschluss werden die Zusammenhänge der Krise in Griechenland mit der Europäischen Union betrachtet und ein Vergleich gezogen zwischen der griechischen Staatsverschuldung und der Verschuldung von anderen europäischen Staaten, sowie Japan.

3.1. Die griechische Staatsverschuldung und das Budgetdefizit

„Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft, oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart“ (Lorenz von Stein, 1871)²⁹

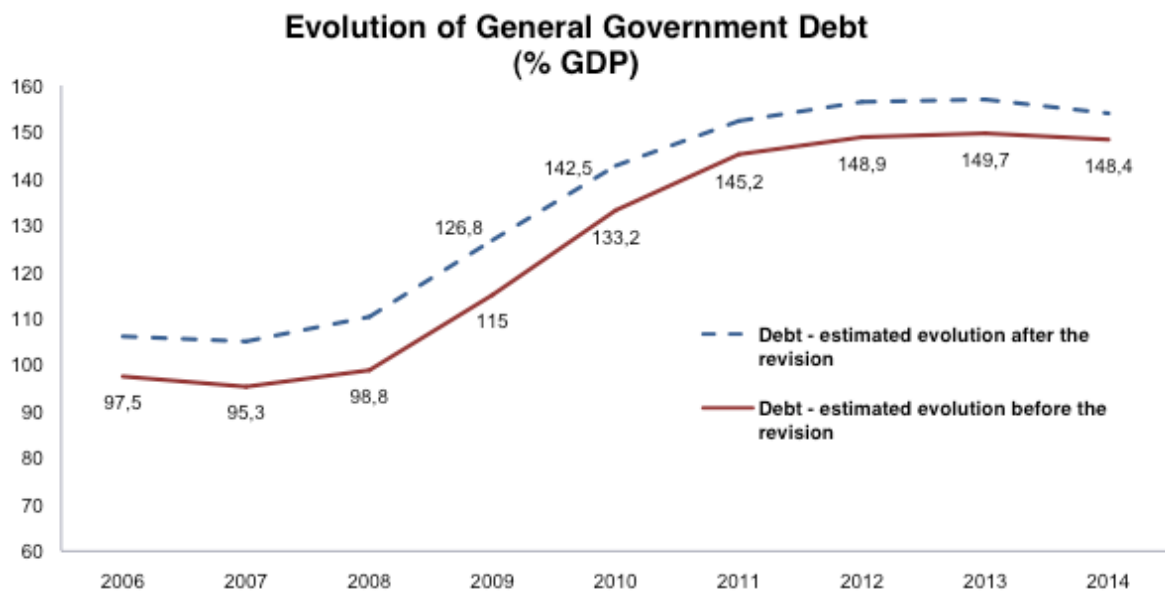


Abb. 8: *Evolution of general government debt*³⁰

Abbildung 8 veranschaulicht die zeitliche Entwicklung der Staatsverschuldung Griechenlands zwischen 2006 und 2014. Es zeigt sich, dass die Verschuldungsquote ab dem Jahr 2007 jährlich höher wurde und die Prognosen erst ab 2011 eine Stabilisierung zeigen.

²⁹ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.76)

³⁰ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 8)

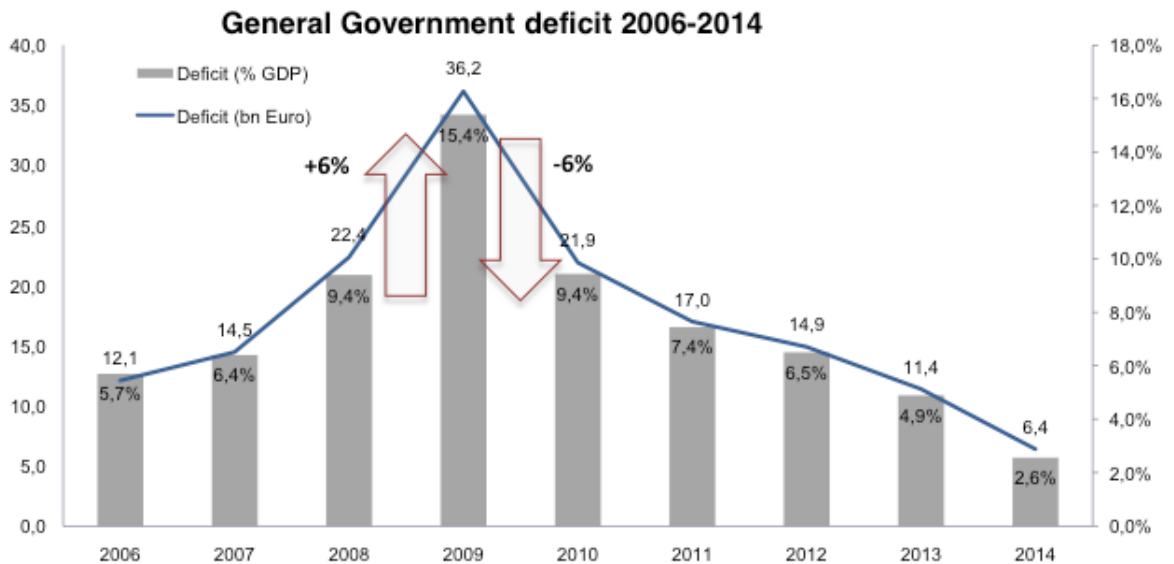


Abb. 9: General Government Deficit of Greece 2006 – 2014 ³¹

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung des Haushaltsdefizites Griechenlands in Prozent des BIP von 2006 bis 2014 graphisch dargestellt. In dieser Abbildung wird deutlich, dass das Budgetdefizit im Jahr 2009 seinen Höhepunkt erreichte. Zwischen 2008 und 2010 wurde dieser Wert zunächst von 2008 auf 2009 um 6%-Punkte erhöht und von 2009 auf 2010 wieder um 6%-Punkte verringert. Hier zeigt sich, dass das Haushaltsdefizit im Gegensatz zur Staatsverschuldung immer jährlich errechnet wird und somit auch leichter verringert werden kann. Die Staatsverschuldungsquote jedoch, ist ein kumulierter Wert, da auch die Defizite der letzten Jahre miteinbezogen werden müssen. Aus diesem Grund sieht man eine dauerhafte Stabilisierung dieser Quote erst nach einigen Fiskaljahren.

Die Staatsverschuldung als absolute Zahl liefert nicht das geeignete Maß um eine vergleichende Aussage zu treffen. Um die finanzielle Lage eines Landes beurteilen zu können, muss die Gesamtverschuldung mit der Rückzahlungsfähigkeit eines Staates in Beziehung gesetzt werden. Je höher das volkswirtschaftliche Einkommen ist, desto höher ist die Zahlungsfähigkeit, die mit dem Einkommen proportional steigt. Aufgrund dessen ist die Staatsverschuldungsquote, die das Verhältnis der Verschuldung zum Bruttoinlandsprodukt angibt, das geeignete Maß um die Liquidität eines Staates beurteilen zu können. Wenn das BIP schneller steigt als die Verschuldung, hat das einen Tilgungseffekt zur Folge. Jedoch stellt eine hohe Staatsverschuldung nicht alleine ein unlösbares Problem für einen Staat dar. Viele Länder können trotz hoher

³¹ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 5)

Verschuldungsquoten ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen (*siehe Kapitel 3.3.4*).³²

Es gibt unterschiedliche Formen der Verschuldung. Ein Staat kann sich sowohl im Ausland als auch im Inland verschulden. Um zu erklären warum eine Staatsverschuldung überhaupt in Kauf genommen wird, muss zuerst beschrieben werden, wie es zu einem Budgetdefizit kommt und in Folge dessen zu einer Staatsverschuldung. Um eine makroökonomische Stabilisierung des Haushaltes zu erreichen, dienen unter anderem aktive wirtschaftspolitische Maßnahmen, die mögliche negative Auswirkungen aufgrund des Konjunkturzyklus ausgleichen sollen, aber auch automatische Stabilisatoren, die im Staatshaushalt impliziert sind. Stabilitätspolitik führt häufig dazu, dass die Ausgaben eines Staates die Einnahmen übersteigen, wodurch ein Budgetdefizit entsteht.³³

Das Budget eines Landes wird in allen demokratischen Ländern von der Regierung zunächst erstellt und dann vom Parlament Schritt für Schritt diskutiert. Nach einer Abstimmung wird der geplante Haushaltsplan für das kommende Jahr verabschiedet. Das Budget enthält einerseits die geplanten Ausgaben der einzelnen Ministerien und auf der anderen Seite die Steuereinnahmen. Die Steuereinnahmen können nicht genau beziffert werden und sind somit eine Schätzung der Einnahmen für das kommende Jahr. Die Ausgaben der Ministerien sind jedoch in absoluten Zahlen festgelegt. Daraus ergibt sich, dass das Parlament nicht über eine bestimmte Höhe des Budgetdefizits oder des Budgetüberschusses entscheiden kann.³⁴ Um das geplante Budget einhalten zu können, muss der Staat ein entstandenes Defizit entweder durch Einsparungen verringern oder sich verschulden, indem Staatsschulden in Kauf genommen werden. Dieser Prozess birgt die Gefahr, dass diese Schulden irgendwann nicht mehr zu begleichen sind, da zumindest die Zinsen, die für das Fremdkapital anfallen, zu bezahlen sind. Das Problem ist, dass die anfallenden Zinsen für aufgenommene Schulden durch einen Haushaltsüberschuss finanziert werden müssen. Das bedeutet, dass je höher das Defizit eines Jahres ist, desto höher muss im folgenden Fiskaljahr der Überschuss sein.³⁵

Laut Burda und Wyplosz gibt es drei Aufgaben der Fiskalpolitik. Die erste Funktion ist die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern, wie Sozialleistungen oder

³² vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 727)

³³ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 485)

³⁴ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 493)

³⁵ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 484)

Straßen. Die zweite Aufgabe ist die Umverteilung von Einkommen, um auftretende Ungleichheiten zu vermindern. Die dritte Aufgabe der Finanzpolitik ist das Budget so zu erstellen, dass Konjunkturschwankungen ausgeglichen werden können. Das bedeutet im wirtschaftlichen Aufschwung Überschüsse anzustreben, um Kredite finanzieren zu können, die ein Staat in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwunges aufnehmen muss. Konjunkturzyklen entstehen, wenn Nachfrageschwankungen nicht durch Lohn- und Preisflexibilität ausgeglichen werden. Die Fiskalpolitik kann hier eingreifen, indem sie die Nachfrage und somit auch das Einkommen stabilisiert.³⁶

Eine weitere Funktion des Staatshaushaltes ist die Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben, des Volkseinkommens und der Beschäftigung. Wenn die Finanzpolitik in den Dienst der Stabilisierung gestellt wird, wird der Ausdruck Fiskalpolitik verwendet. Ein gutes Management einer Regierung zeigt sich, indem regelmäßige Ausgaben durch einen stabilen Steuersatz finanziert werden. Wenn die gesamtwirtschaftlichen Einnahmen sinken, verringern sich automatisch die Einnahmen durch Steuern. Die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern ist eine wichtige Aufgabe der Regierung und sollte auch im Falle eines längeren Zeitraumes von schlechten gesamtwirtschaftlichen Einnahmen gewährleistet sein, indem der Staat den Steuerausfall durch eine Kreditaufnahme ausgleicht. Diese Aufgabe des Staates, Konjunkturschwankungen und dessen Folgen auszugleichen, wird Steuerglättung genannt und ist im weiteren Sinn eine Form von Konsumglättung. Dieses Prinzip gilt sowohl für langfristige als auch für kurzfristige zyklische Schwankungen.³⁷

Steuereinnahmen sind abhängig vom Konjunkturverlauf. Wenn wirtschaftlicher Aufschwung herrscht, sind die Steuereinnahmen hoch und der Staat kann diese Mittel weiter investieren. Ein Mechanismus der Staatsverschuldung ist die Glättung des Konjunkturverlaufs, indem die Steuereinnahmen Unabhängigkeit von den Staatsausgaben erlangen. Wirtschaftlicher Abschwung bedeutet, dass weniger hohe Steuern bezahlt werden, was zur Folge hat dass die Staatseinnahmen sinken. Die Ausgaben der öffentlichen Hand erhöhen sich durch höhere Sozialausgaben an Sozialversicherungen in Folge einer höheren Arbeitslosenquote. Das wiederum bedeutet, dass der Staat ein Haushaltsdefizit in Kauf nehmen muss, wenn sich Staatseinnahmen und Ausgaben gegenläufig entwickeln. Um dieses Defizit zu

³⁶ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 507)

³⁷ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 488)

verringern, hat der Staat unterschiedliche Möglichkeiten seine Fiskalpolitik anzupassen. Mögliche Reaktionen wären, eine Einführung von Steuererhöhungen oder die Anordnung von Leistungskürzungen.³⁸

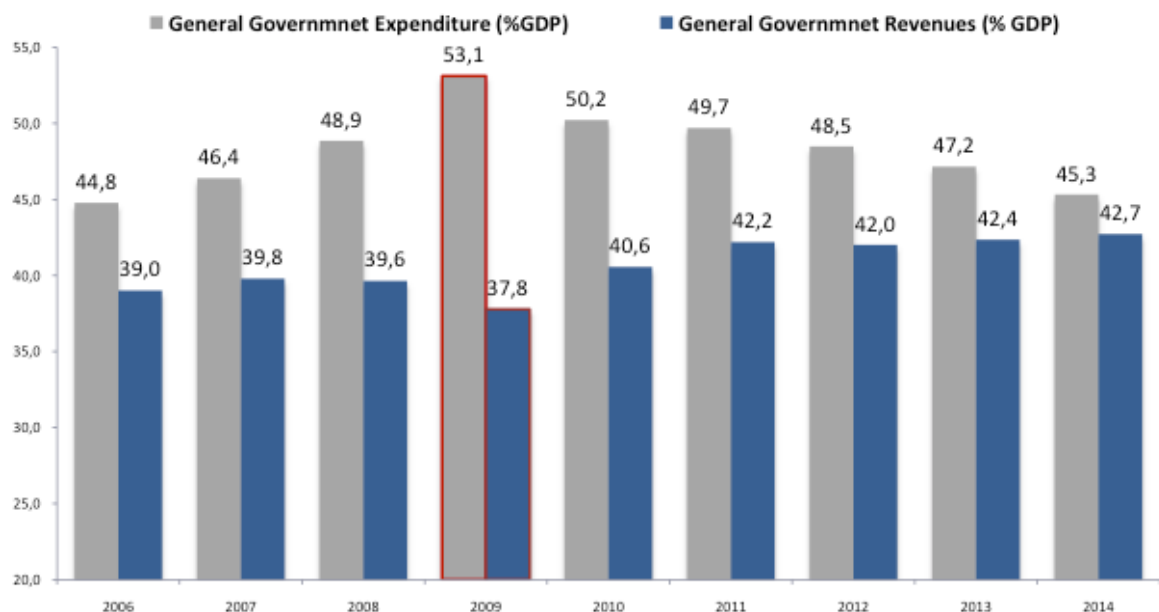


Abb. 10: *General Government Expenditures and Revenues (% GDP) 2006 – 2014*³⁹

Abbildung 10 zeigt die Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben als Quotient des BIP. Gut erkennen lässt sich aus dieser Graphik, dass im Jahr 2009 die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ihren Höhepunkt erreichte. Betrachtet man den prognostizierten Verlauf für die kommenden Jahre zeigt sich eine positive Tendenz bis ins Jahr 2014 in welchem das Budgetdefizit den geringsten Wert der letzten 8 Jahre annehmen soll.

Die Verschuldung eines Staates ist ein Prozess, der einen Kreislauf darstellt. Bei ausgeglichenem Budget müssen Kredite aufgenommen werden um aufgenommene Schulden abzuleisten. In einer stationären Wirtschaft ohne Inflation muss ein Budgetüberschuss erreicht werden, um die Staatsschulden zu stabilisieren. Das bedeutet, dass die Ausgaben der Ministerien im betroffenen Jahr geringer sind als die Einnahmen durch Steuern. In diesem Falle muss der erzielte Überschuss dem zu zahlenden Betrag der Zinsen entsprechen. Bei einer wachsenden Wirtschaft ist es einfacher die Verschuldungsquote und nicht den Schuldenstand zu stabilisieren. Dies

³⁸ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.79-80)

³⁹ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S.6)

geschieht, wenn der notwendige Budgetüberschuss proportional ist zu der Differenz zwischen dem realen Zinssatz und der Wachstumsrate des realen BIP.⁴⁰

Aus diesem Ansatz ergibt sich der Grund für einen Staat sich im Ausland zu verschulden. Wenn ein Staat einen großen Rückgang von Einkommen verzeichnet, wird die Lösung Auslandsverschuldung im Betracht gezogen. Um diese Schulden finanzieren zu können gibt es unterschiedliche Formen. Die erste Form ist die Verringerung des Haushaltsdefizites. Dies geschieht in Form von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen.⁴¹

In vielen Aspekten ist die Auslandsverschuldung der internen Staatsverschuldung ähnlich. Beide Arten von Schulden müssen getilgt werden, entweder durch Primärleistungsbilanzüberschüsse oder durch die Verweigerung der Rückzahlung. Jedoch gibt es einen essentiellen Unterschied. Die Schuldentilgung stellt im Falle der Auslandsverschuldung einen Einkommenstransfer ins Ausland dar. Dies wiederum bedeutet, dass die interne Staatsverschuldung einen Einkommenstransfer innerhalb eines Landes darstellt.⁴² Wie kann ein Staat seine Auslandsschulden stabilisieren? Um bestehende Auslandsschulden stabilisieren zu können, bei gleichzeitig keinem Wachstum, ist es erforderlich die Zinsen für diese Forderungen zu zahlen. Wenn dieser Betrag bezahlt werden kann, wächst der geschuldete Betrag für diese Periode nicht. Um diese Zahlungen finanzieren zu können, muss ein Land Primärleistungsbilanzüberschüsse erzielen oder einen Haushaltsüberschuß aufweisen.⁴³

⁴⁰ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 507)

⁴¹ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 490)

⁴² vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 727)

⁴³ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 728)

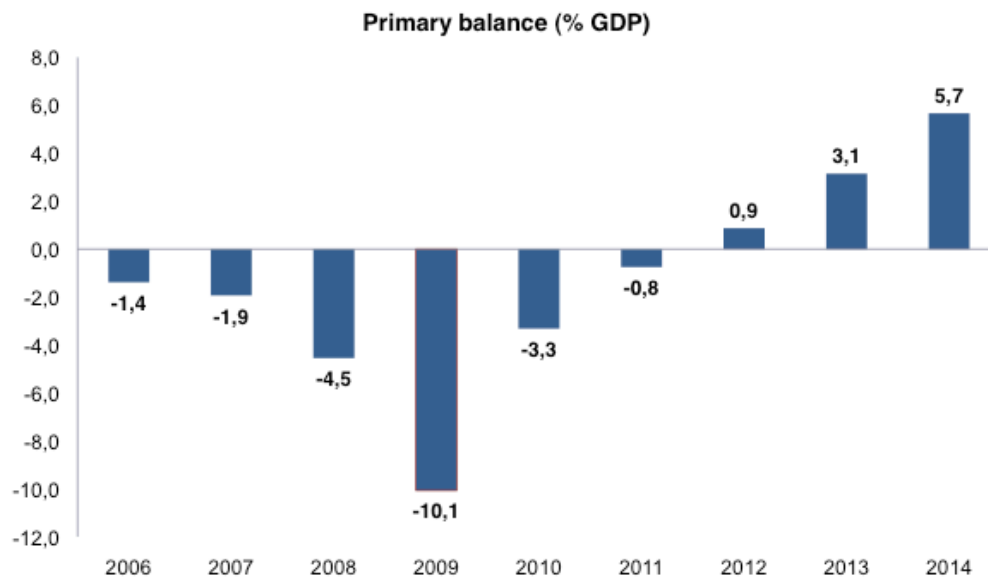


Abb. 11: *Primary Balance in % GDP of Greece 2006 – 2014* ⁴⁴

In *Abbildung 11* wird die Entwicklung des griechischen Nettodefizites der Jahre 2006 bis 2014 dargestellt. 2009 war das Nettodefizit am Größten mit 10,1% des Bruttoinlandsproduktes. Diese Graphik zeigt wie die positive Tendenz zur Schuldenstabilisierung beitragen wird. Je höher der Überschuss ist, desto mehr Schulden können im betreffenden Fiskaljahr abgeleistet werden. Eine Aufwärtstendenz ist in dieser Abbildung erkennbar.

Die Verschuldungsquote, das Verhältnis der Staatsverschuldung zum BIP, ist abhängig von der Wachstumsrate der jährlichen Neuverschuldung und auch dem Leistungsbilanzdefizit. Ein Leistungsbilanzdefizit kann auch beschrieben werden als ein Zuwachs der Verbindlichkeiten im Ausland. Je höher das jährliche Leistungsbilanzdefizit ist, desto weniger liquide Mittel stehen dem Staat zur Verfügung um die Schulden des öffentlichen Haushaltes begleichen zu können. In Folge dessen gibt es zwei Gründe warum die Schuldenquote steigen kann. Erstens ist eine solche Steigung möglich durch ein Defizit der Primärleistungsbilanz und zweitens durch einen Zinssatz der höher ist als die Wachstumsrate des BIP. Grundsätzlich bedeutet das solange die Wachstumsrate des BIP höher ist als der Zinssatz der Schulden, wäre es kein Problem, ein Leistungsbilanzdefizit zu haben. ⁴⁵

Die Verschuldung Griechenlands ist hoch, das ist eine Tatsache. Jedoch ist dieser Staat nicht das einzige europäische Mitglied, das die Maastricht Grenze der

⁴⁴ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S.9)

⁴⁵ vgl. Burda, M., Wyplosz, C. (1994, S. 730)

Staatsverschuldung von maximal 60% des BIP nicht einhalten kann. Belgien, Spanien und auch Italien haben vergleichbare Probleme mit der Einhaltung der vorgegebenen Höchstgrenzen.

Laut Konrad und Zschäpitz gibt es unterschiedliche Gründe, warum ein Staat eine Verschuldung in Kauf nimmt. Die Staatsverschuldung kann eine Verlagerung der Kosten öffentlicher Investitionen bewirken, indem diese Kosten auf Personen übergehen, die langfristig gesehen die wirtschaftlichen Vorteile aus der Investition ziehen. Die Staatsverschuldung macht es möglich Kosten oder Schulden auf mehrere Generationen zu verteilen. Grundsätzlich müssen kreditfinanzierte Ausgaben nicht automatisch eine Belastung für die Haushaltspolitik eines Staates sein. Langfristige Investitionen, die für nachfolgende Generationen einen Nutzen darstellen, erhöhen die Lebensqualität dieser und sollten nach der „*pay as you use theorie*“ (Richard Musgrave) auch von diesen finanziert werden. Diese Theorie verlangt von den eigentlichen Nutzern die Finanzierung oder zumindest die Tilgung eines Teils der Kreditraten der getätigten Investitionen. Die heutige Generation entscheidet über die Ausgaben der kommenden Generation. Trotz der durch solche Ausgaben entstehenden Schulden, ziehen die nachfolgenden Generationen einen erheblichen Vorteil daraus. Investitionen für öffentliche Projekte werden durch Kredite finanziert und dies stellt wiederum eine Belastung für kommende Generationen dar. Was aber würde ein Staat machen, wenn das Instrument der Staatsverschuldung nicht zur Verfügung stehen würde? Ohne Kredite müsste die Regierung entweder die Steuern erhöhen, eine einmalige Sondersteuer erheben oder aber den Betrag bei anderen Stellen des Haushaltes einsparen. So entsteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Staatsverschuldung und Investitionen.⁴⁶

Es gibt sogenannte Stabilisatoren, die eine ausgleichende Wirkung auf die Auswirkungen des Konjunkturzyklus haben. Solch ein Stabilisator ist der progressive Einkommenssteuertarif. Wenn die Bevölkerung bei schlechter wirtschaftlicher Lage weniger verdient, sinkt aufgrund der niedrigeren Bemessungsgrundlage automatisch der Steuersatz, was wiederum eine ausgleichende Wirkung auf den geringeren Lohn hat. Diese Stabilisatoren wirken in beide Richtungen. Eine weitere wichtige Funktion von Staatschulden ist es, Großereignisse zu verarbeiten. Ein Beispiel dafür wäre, ein Krieg, der einem Staat enorme Kosten aufbürgt. Diese finanziellen Mittel müssen akquiriert werden. Geschieht dies in Form von Fremdfinanzierung, müssen diese Mittel später

⁴⁶ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.77)

getilgt werden. Um diese Abzahlung überhaupt möglich zu machen, werden die Schulden auf zukünftige Generationen verteilt, wodurch in dem Fall die Kriegsgeneration nicht alleine die gesamte Last bezahlen muss.⁴⁷

Jedoch gibt es auch Kritik an dieser Theorie. Weder das Argument der Konjunkturglättung noch das des Krieges, können eine schlüssige Erklärung bieten, warum der Schuldenstand trotz verschiedener Stabilisatoren und trotz der langen Friedensperiode stetig steigt.⁴⁸

3.2. Die griechische Krise – eine europäische Krise?

Die schlechte wirtschaftliche Lage Griechenlands wirkt sich auf Europa und in weiterer Folge auf jeden einzelnen Mitgliedsstaat aus. In den letzten Jahren haben Wechselkursturbulenzen ausschließlich das Verhältnis von Euro und US-Dollar betroffen, doch entstand unter anderem mit der hohen Staatsverschuldung Griechenlands eine inner-europäische Krise, die sich auf die ganze Eurozone auswirkt. Die europäische Währungsunion ist so konstruiert, dass die Mitglieder unwiderruflich beitreten und sich somit auch an die Regelungen halten müssen, die von verschiedenen europäischen Organen vorgegeben werden, wie in *Kapitel 4* näher erläutert wird.⁴⁹

Die volkswirtschaftliche Krise Griechenlands lässt sich unter verschiedenen Aspekten betrachten. Wesentlich ist, dass die Staatsverschuldung dieses Landes Auswirkungen auf den gesamten Euroraum hat. Das folgende Kapitel widmet sich den verschiedenen Gründen, warum die griechische Krise alle europäischen Länder betrifft, abgesehen von den im Hilfspaket vorgesehenen finanziellen Mitteln, die von einigen Mitgliedsstaaten mitfinanziert werden.

Die Auswirkungen der Krise auf den Euroraum werden in der Arbeit von Gloede und Menkhoff in fünf Aspekten beschrieben:⁵⁰

- Der Euro verliert gegenüber dem Dollar an Wert ohne wesentlichen Grund außer der griechisch-europäischen Krise.

⁴⁷ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.79-80)

⁴⁸ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.85)

⁴⁹ vgl. Gloede, O.; Menkhoff, L.; (2010, S.2)

⁵⁰ vgl. Gloede, O.; Menkhoff, L.; (2010, S.2)

- Der Vertrauensverlust gegenüber Griechenland überträgt sich auf andere europäische Länder, die gewisse Ähnlichkeiten mit Griechenland aufweisen, wie zum Beispiel Spanien oder Italien (PIIGS).
- Großteils sind europäische Banken in Griechenland tätig, die somit finanzielle Schwierigkeiten auf ihre Heimatländer übertragen; insbesondere trifft es hier Banken, die bereits Liquiditätsprobleme haben oder schon staatliche Hilfe in Anspruch nehmen mussten.
- Griechenlands Zahlungsunfähigkeit würde einer Niederlage der Europäischen Union und deren elementarer Grundsätze gleichkommen und somit auch weitere internationale Zusammenarbeit erschweren.

Grundsätzlich lässt sich aus diesen schematischen Punkten ableiten, dass die griechische Krise auch gleichzeitig die Europäische Währungsunion beeinflusst und einige Kritikpunkte an dieser aufzeigt. Die Europäische Währungsunion steckt in einem „*währungspolitischen Trilemma*“ (Gloede, O., Menkhoff, L., S.2). Problematisch ist, dass mit dem Eintritt in die Europäische Union gewisse Ziele festgelegt werden, die für jedes Mitgliedsland verbindlich und somit auch unterschiedlich schwer umzusetzen sind. Man spricht von drei erstrebenswerten Zielen in einer gemeinsamen Währungspolitik, von denen aber nur zwei gleichzeitig zu erreichen sind. Diese drei Ziele sind Wechselkursstabilität, Kapitalverkehrsfreiheit und autonome Geldpolitik. Durch den Beitritt zur europäischen Währungsunion legt jedes Beitrittsland automatisch die Wechselkursstabilität fest und gleichzeitig auch den freien Kapitalverkehr. In Folge dessen kann es keine nationale Autonomie in der Geld- und Währungspolitik geben.⁵¹

⁵¹ vgl: Gloede, O.; Menkhoff, L.; (2010, S.4)

3.3. Vergleich mit europäischen Staaten und deren Verschuldung

In diesem Kapitel wird der Fokus auf die Staatsverschuldung Griechenlands im Vergleich mit anderen europäischen Ländern gelegt. Deutlich wird in diesem Abschnitt, welche wichtige Rolle die Struktur der Verschuldung spielt. Nicht nur die Höhe der Staatsverschuldung ist ausschlaggebend, sondern auch wer die Gläubiger der Schulden sind. Des Weiteren wird die ebenfalls hohe Staatsverschuldung Japans, als Beispiel eines nicht-europäischen Staates, der griechischen Sachlage gegenübergestellt um zu erklären, warum Staaten mit einer weitaus höheren Verschuldungsrate nicht am Rande eines Staatsbankrottes stehen.

3.3.1. PI(I)GS

Als PIIGS werden Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien bezeichnet. Diese fünf Staaten verbinden vergleichbar hohe Staatsschulden, Budgetdefizite und ähnliche Wirtschaftsdaten, wie eine hohe Arbeitslosenquote, oder ein geringes Wachstum des BIP. *Abbildung 12* gibt einen Überblick über essentielle Faktoren des Vergleichs dieser fünf Staaten. Wie in der Grafik zu erkennen ist, ist Griechenland nicht das einzige europäische Land mit ökonomischen Problemen. Italien übernimmt in dieser Gruppe die Führungsposition mit der höchsten Staatsverschuldung von 115%. Der Unterschied ist jedoch, dass Ratingagenturen für Italien, im Gegensatz zu Portugal, Spanien und Griechenland, keine Abwärtsentwicklung prognostizieren. Laut Ratingagentur Moody's ist Italien ein Land, das mit der schlechten Wirtschaftslage aufgrund jahrelanger Erfahrung umgehen kann. Italiens Haushaltsstruktur sei immer auf die Kombination von hohen Defiziten und geringem Wachstum eingestellt gewesen und hätte somit keine Anpassungsschwierigkeiten.⁵²

⁵² vgl. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/539496/Im-Club-Med-der-leeren-Kassen>

DIE WICHTIGSTEN WIRTSCHAFTSDATEN VON PORTUGAL, ITALIEN, GRIECHENLAND UND SPANIEN

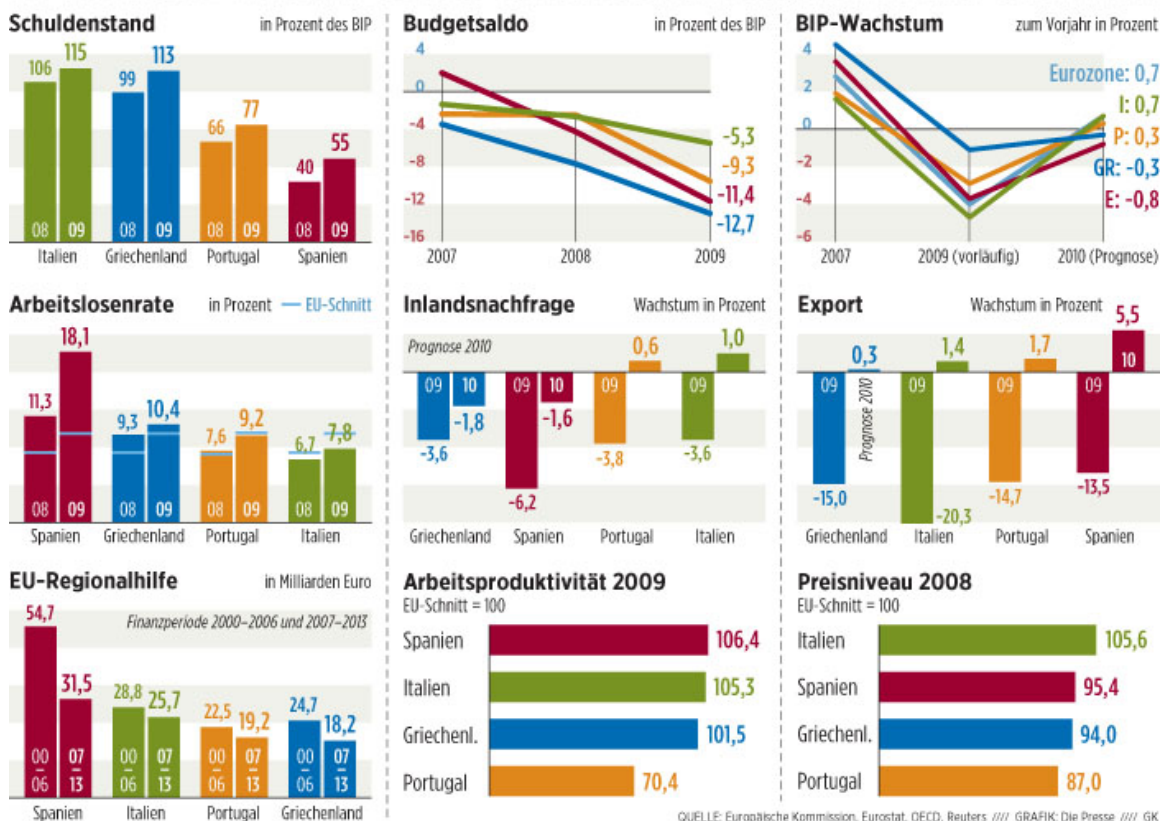


Abb. 12 : Vergleich der wichtigsten Wirtschaftsdaten PIIGS⁵³

Abbildung 12 vergleicht die PIIGS Staaten anhand der wichtigsten volkswirtschaftlichen Daten. Spanien stellt in dieser Gruppe, auf Grund seines stetig steigenden Defizits, der Rekordarbeitslosigkeit von fast 20%, einer andauernden Rezession, schwerwiegender Strukturprobleme aber auch mangelnden Reformwillen des Staates, eine Gefahr für die Eurozone dar. Die Arbeitslosenrate im Jahr 2009 ist im direkten Vergleich zu Griechenland nahezu doppelt so hoch. Grundsätzlich besteht eine Ähnlichkeit zwischen den Kritikpunkten an Griechenland und Spanien. Jedoch besteht der Unterschied vor allem darin, dass die Wirtschaftsleistung Spaniens viermal so groß ist wie die Griechenlands und somit würde eine Illiquidität Spaniens eine größere Gefahr für die Eurozone darstellen. Eine Insolvenz Spaniens würde die Europäische Union somit weitaus schwerer treffen, als die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands.⁵⁴

Italien steht mit einer Verschuldungsquote von 115% des BIP im Jahr 2009 im Vergleich zu Griechenland mit 113% an erster Stelle. Dessen ungeachtet hat Spanien im Vergleich zu diesen beiden Staaten einen geringeren Schuldenstand wobei diese Erkenntnis relativiert wird, betrachtet man das prognostizierte BIP-Wachstum für 2010.

⁵³ vgl. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/539496/Im-Club-Med-der-leeren-Kassen>

⁵⁴ vgl. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/539496/Im-Club-Med-der-leeren-Kassen>

Spanien mit einem prognostizierten BIP-Wachstum für 2010 von -0,8% und Griechenland mit -0,3% zeigen eine deutlich schlechtere Entwicklung, als Italien und Portugal. Eine positive Tendenz zeigt Spanien im Bereich Export mit einer Prognose der Wachstumsrate von 5,5% für das Jahr 2010.

Zusammenfassend wird deutlich, dass wie *Abbildung 12* zeigt, Griechenland sowohl bei seinem Schuldenstand, dem BIP-Wachstum, der Arbeitslosenrate als auch bei Export und Import keine positiven Daten vorweisen kann. Der Schuldenstand ist der Zweithöchste in Europa, die Wachstumsrate der Inlandsnachfrage 2010 liegt bei -1,8% und der Export zeigt eine minimale positive Tendenz von 0,3%. Spanien dagegen hat trotz eines geringen BIP-Wachstums einen vergleichbar geringen Schuldenstand.

3.3.2. Die griechische Staatsverschuldung im Vergleich

Government Deficit to GDP Ratio for Greece, Euro Zone and EU

Region	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Greece	-4,5	-4,8	-5,6	-7,5	-5,2	-3,6	-5,1	-7,7	-13,6
Euro Zone	-1,9	-2,6	-3,1	-2,9	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,3
EU	-1,4	-2,5	-3,1	-2,9	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,8

Abb. 13: Government Deficit in % to GDP Ratio for Greece, Euro Zone and EU⁵⁵

Abbildung 13 zeigt einen Vergleich der Haushaltsdefizite der Länder der Eurozone, der EU und Griechenlands. Griechenland wird im Vergleich mit der gesamten Eurozone und den EU Mitgliedstaaten dargestellt. Zu erkennen ist, dass die Verschuldung Griechenlands im Laufe der Jahre zugenommen hat. Besonders deutlich sieht man den Unterschied zwischen 2008 und 2009, als die neue griechische Regierung die Staatsverschuldung auf 13,6% und im Laufe des Jahres 2009 auf 15,4% revidieren musste.

⁵⁵ vgl. Abboushi, S. (2010, S.96)

Country	Debt/GDP Ratio
Greece	113%
Italy	115%
Belgium	95%
Austria	65%
Finland	45%

Abb. 14: *Debt to GDP Ratio for Euro Countries – 2009*⁵⁶

Abbildung 14 zeigt genauere Daten von verschiedenen Mitgliedsstaaten, die im Vergleich zu Griechenland eine ähnlich hohe Staatsverschuldung aufweisen, wie zum Beispiel Italien. Diese Werte zeigen das Verhältnis des Staatsschuldenstandes zum Bruttoinlandsprodukt.

Die Maastricht Kriterien legten den Grenzwert für Staatsverschuldung auf 60% fest, um den Beitritt zur EWWU zu ermöglichen. Die griechische Staatsverschuldungsquote 2009 lag bei 113%, Italiens Verschuldung jedoch war in diesem Jahr um weitere 2 Prozentpunkte höher und lag bei 115%. 1993 hatte Belgien sogar eine Verschuldungsquote von 140% vorzuweisen. In absoluten Zahlen zeigt sich, dass Griechenland mit einem Haushaltsdefizit von 406 Milliarden Dollar keineswegs das einzige Land mit einer defizitären Haushaltspolitik ist. Im Vergleich dazu übernehmen Spanien mit 695 Milliarden Dollar und Italien mit 2.062 Milliarden Dollar Budgetdefizit die Führung. Ein weiterer wichtiger Faktor im Vergleich der europäischen Länder ist die jährliche Neuverschuldung. Dadurch steigen automatisch die Gesamtschulden und somit auch die Zinsen für dieses Fremdkapital. Je höher diese Neuverschuldungsquote ist, desto schwerer wird es für die Regierung die Schulden zu stabilisieren.⁵⁷

⁵⁶ vgl. Abboushi, S. (2010, S.95)

⁵⁷ vgl. Wehr, A. (2010, S. 62)

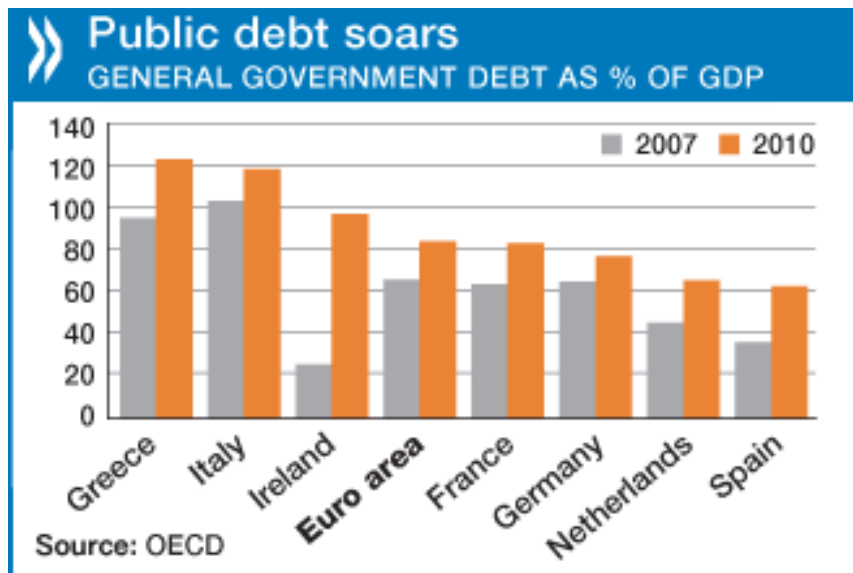


Abb. 15: OECD, Public Debt⁵⁸

Ausschlaggebend für die Situation Griechenlands sind einige Faktoren. Am Beispiel Japans wird deutlich, dass eine hohe Verschuldung nicht automatisch einen Vertrauensverlust von Investoren bedeuten muss (siehe *Kapitel 3.3.3*). Es ist vielmehr notwendig, die wirtschaftliche Kraft, die ein Land vorweisen kann, miteinzubeziehen. Ferner muss detailliert betrachtet werden, von wem diese Schulden getragen werden und welche strukturelle Zusammensetzung diese aufweisen. Ist der Großteil der Gläubiger national oder verschuldet sich der Staat bei anderen Ländern?

Im Falle Griechenlands werden nur 30% der Staatsschulden von griechischen Banken getragen. Das Land ist zu 70% im Ausland verschuldet, somit liegt es an erster Stelle im europäischen Vergleich.⁵⁹ Griechische Banken haben zumeist nicht einheimische Eigentümer, sondern werden hauptsächlich durch französische und deutsche Banken und deren Tochtergesellschaften in Griechenland vertreten. Die Bank Geniki gehört zu 54% dem französischen Kreditinstitut Société Générale und die Crédit Agricole besitzt die fünftgrößte griechische Bank Emporiki.⁶⁰ Griechenland schuldet beispielsweise Banken in Frankreich eine Summe von 75 Milliarden Dollar, deutschen Banken 45 Milliarden Dollar und Banken in Großbritannien 15 Milliarden Dollar.⁶¹

⁵⁸ vgl. http://www.oecd.org/home/0,2987,en_2649_201185_1_1_1_1_1_1,00.html

⁵⁹ vgl. Wehr, A. (2010, S.63)

⁶⁰ vgl. Wehr, A. (2010, S.64)

⁶¹ vgl. Abboushi, S. (2010, S. 97)

3.3.3. Exkurs: Beispiel Japan

Japan bietet ein Gegenbeispiel und die Gelegenheit, einen Nicht-EU-Staat mit Griechenland zu vergleichen. Im Gegensatz zu Griechenland kann Japan einwandfreies Ansehen als eine der stärksten Wirtschaftsmächte weltweit vorweisen und genießt dadurch auch einen gewissen Vorteil, wenn es um Vertrauensfragen geht. Eine Gemeinsamkeit zwischen Griechenland und Japan liegt in der hohen Staatsverschuldung. Japans beläuft sich nach Schätzungen auf mindestens 189,6 % des BIP.

Japan ist mit einer innovativen Industrie und hohen Exportraten eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt. Außerdem kann das Land mit einer enormen Arbeitskraft seine Wirtschaft vorantreiben und ist ein stark industrialisierter Staat. Von großer Bedeutung ist auch Japans Vorteil gegenüber Griechenland, durch die Aufteilung der Schulden auf hauptsächlich einheimische Banken und Investoren. Griechenland ist zu 70% im Ausland verschuldet. Im Gegensatz dazu verschuldet sich Japan zum größten Teil bei eigenen Bürgern. 95% der japanischen Staatsschulden werden von einheimischen Investoren getragen, wovon wiederum 50% direkt von der Regierung beaufsichtigt werden, wie von den staatlichen Rentenkassen, der Bank von Japan oder der Postbank. 1.400 Billionen Yen Sparanlagen der japanischen Bevölkerung sind von Banken, Pensionsfonds und Versicherern in Staatsanleihen angelegt worden.⁶²

Ein Vorteil von Inlandsverschuldung ist, dass dem japanischen Staat unterschiedliche Mechanismen zur Verfügung stehen um seine Schulden zu stabilisieren. Entweder durch Entwertung über die Inflationsrate oder Geldschöpfung. Europäischen Mitgliedsländern sind diese Werkzeuge jedoch untersagt.

Es zeigt sich, dass der Schuldenstand alleine nicht die wirtschaftliche Lage eines Landes widerspiegelt. In Japan herrscht seit 1989 eine dauerhafte Deflation, wodurch das Preisniveau sank und die reale Verzinsung für den Kreditgeber höher ist, als der gezahlte Zinssatz. Weiters sind die Zinsen für 10-jährige Schuldentitel mit 1,3% in Japan die niedrigsten weltweit. Jährlich verdient Japan 150 Milliarden Dollar durch den Handelsbilanzüberschuss von 3% des Bruttoinlandsproduktes. Das bedeutet, dass die Exporte Japans jährlich höher sind als die Importe und diese Tatsache beweist die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Werden diese Zahlen mit einberechnet, verringert sich die Schuldenquote. Die OECD gibt als Nettoschulden Japans 100% der jährlichen

⁶² vgl. Wehr, A. (2010, S. 63)

Wirtschaftsleistung an.⁶³ *Abbildung 16* liefert einen Überblick über die wichtigsten volkswirtschaftlichen Daten Japans.

Japan: Demand and output

	2009	2010	2011	2012	Fourth quarter		
					2010	2011	2012
	Current prices ¥ trillion	Percentage changes from previous year, volume (2000 prices)					
Private consumption	282.7	2.4	1.0	1.4	1.7	1.1	1.5
Government consumption	93.6	1.6	1.7	0.3	1.7	1.2	0.1
Gross fixed investment	98.0	-0.1	3.2	2.3	3.4	1.9	3.7
Public ¹	20.3	-1.5	-1.9	-10.9	0.4	-11.6	-3.3
Residential	13.6	-7.3	4.5	6.1	3.8	5.0	7.1
Non-residential	64.0	1.8	4.6	5.5	4.3	5.5	4.8
Final domestic demand	474.2	1.7	1.6	1.4	2.0	1.3	1.7
Stockbuilding ²	- 1.4	0.0	0.0	0.0			
Total domestic demand	472.9	1.7	1.6	1.4	2.4	1.3	1.7
Exports of goods and services	59.5	25.4	6.7	5.8	17.0	5.5	5.9
Imports of goods and services	58.1	10.5	6.6	6.5	11.7	5.4	7.0
Net exports ²	1.4	1.9	0.1	0.0			
GDP at market prices	474.3	3.7	1.7	1.3	3.3	1.3	1.6

Note: National accounts are based on official chain-linked data. This introduces a discrepancy in the identity between real demand components and GDP. For further details see *OECD Economic Outlook Sources and Methods* (<http://www.oecd.org/eo/sources-and-methods>). Detailed quarterly projections are reported for the major seven countries, the euro area and the total OECD in the Statistical Annex.

1. Including public corporations.

2. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

Source: OECD Economic Outlook 88 database.

Abb. 16: OECD Economic Outlook Japan⁶⁴

3.4. Faktor Inflation

Im Falle Griechenlands muss erwähnt werden, dass der Staat wie auch Spanien, historisch betrachtet eine hohe Inflationsrate hatte und nicht zu den volkswirtschaftlich stärksten Mitgliedsländern der Europäischen Union zählt. Grundsätzlich wurde in den Maastricht Kriterien festgelegt, dass die Unterschiede zwischen den Inflationsraten der Mitgliedsländer beschränkt sind. Die drei Länder mit den niedrigsten Inflationsraten bilden die Grenze, die von den anderen Staaten nur um 1,5% überschritten werden darf.

⁶³ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S. 72)

⁶⁴ vgl. http://www.oecd.org/document/59/0,3746,en_33873108_33873539_45268539_1_1_1_1.00.html

Somit ist es grundsätzlich nicht möglich signifikante Unterschiede zwischen den Ländern zu erkennen. Konjunkturelle Fluktuationen können geringe Unterschiede verursachen oder auch Differenzen in der Produktivität herbeiführen.⁶⁵

Bereits vor dem Eintritt in die Europäische Währungsunion hatte Griechenland eine hohe Inflationsrate, die etwa 15%-Punkte über dem Europäischen Durchschnitt lag. Der Beitritt in die EWWU brachte eine wesentliche Veränderung, da es nun nicht mehr möglich war die eigene Währung abzuwerten und die Inflationsrate an die vorgegebene Grenze anzupassen. Vor dem Eintritt in die EWWU konnte man Wettbewerbsnachteile über die Abwertung der Währung kompensieren und dadurch eine Regulation erzielen. Mit der Festlegung des Wechselkurses als Fixpunkt bei dem Eintritt in die Währungsunion steht dieses Instrument nicht mehr zur Verfügung.⁶⁶

Das Resultat der geplanten Einführung des Euros war, dass der Wunsch der südlich europäischen Länder nach einer stabilen Währung sehr hoch war. Alleine durch diese Erwartungshaltung sank die Inflation. Wenn die Inflation als künftig eher hoch eingeschätzt wird, beginnt die Bevölkerung ihre Geldreserven zu reduzieren und Güter zu kaufen, in Hinsicht auf die künftig höheren Preise. Wird jedoch die Inflation als in näherer Zukunft sinkend eingeschätzt wie kurz vor der Euro Einführung, erhöhen die Konsumenten ihre Ersparnisse, was zu einer niedrigeren Preisinflation führt. Das ist der Grund warum die Inflation in den südlichen Ländern der Eurozone vor der Einführung der gemeinsamen Währung sank, wodurch eines der Maastricht Kriterien erfüllt werden konnte.⁶⁷

Eine hohe Inflationsrate ist für keinen Staat wünschenswert. Jedoch haben Länder mit einer hohen Staatsverschuldung, einer langen Restlaufzeit von noch abzuzahlenden Krediten, hohen Zinsen und einem relativ schwachen Wirtschaftswachstum einen stärkeren Anreiz zur Inflationierung.⁶⁸

Wie werden Staatseinnahmen durch die Inflation erhöht? Der erste Schritt zu einer höheren Inflation wird durch eine lockere Fiskalpolitik eingeleitet, wodurch das Wirtschaftswachstum belebt wird. Dies wiederum bewirkt mehr Steuereinnahmen und

⁶⁵ vgl. Gloede, O.; Menkhoff, L., (2010, S. 4)

⁶⁶ vgl. Gloede, O.; Menkhoff, L., (2010, S. 5)

⁶⁷ vgl. Bagus, P. (2010, S.36)

⁶⁸ vgl. Junius, K., Tödtmann, K., (2010, S.16-17)

steigende Erträge der Sozialversicherungen. Gleichzeitig sinken Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen und andere Nebenleistungen.⁶⁹

Wie verringert die Inflation Staatsschulden? Staatsschulden sind für den Staat grundsätzlich keine Gefahr solange sie nicht schneller steigen als das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP). Wenn dies jedoch der Fall ist, dann erhöht sich auch die Staatsschuldenquote (Verschuldung/nominales BIP). Daraus resultieren höhere Zinszahlungen, die stärker steigen würden als die Steuereinnahmen. Diese Situation wäre keineswegs wünschenswert.⁷⁰

3.5. Der Einfluss des Finanzmarktes auf die griechische Krise

Ein wichtiger Bereich der im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krise Griechenlands näher behandelt werden muss, ist der Finanzmarkt. Durch die Nachricht, dass Griechenland in einer unsicheren finanziellen Lage war, stiegen die Risikoabschläge und verursachten Unsicherheit am Markt. Dieses Kapitel widmet sich den Auswirkungen dieses Einflusses und betrachtet die Gründe, warum im Falle Griechenlands Spekulationen eine nennenswerte Rolle gespielt haben. Es bleibt die Frage, warum gerade auf die Nachricht über die hohe Staatsverschuldung Griechenlands so reagiert wurde. Befinden sich doch auch andere europäische Länder wie Spanien oder Portugal in ähnlichen finanziellen Situationen. Tendenziell werden südlich-europäische Länder eher als wirtschaftlich schwache Mitglieder eingestuft. Dieser Umstand festigt nicht das Vertrauen von Investoren, wenn Gerüchte aufkommen, dass eine Staatsinsolvenz bevorstehen könnte.

Ein weiterer Aspekt, den man in diesem Punkt auch betrachten sollte, ist der Einfluss von Spekulationen und Gerüchten über die drohende Illiquidität Griechenlands, die möglicherweise auch absichtlich gestreut wurden. Es überrascht also nicht, dass einige Investoren und Hedgefonds gegen griechische Anleihen und den Euro spekuliert haben, um dadurch Gewinne zu erzielen. Das wesentliche Problem ist, dass andere Investoren diesem Trend folgten und somit eine Dynamik entstand, die schwer aufzuhalten ist. Jeder Akteur am Finanzmarkt möchte zweifellos den höchstmöglichen Gewinn erzielen.

⁶⁹ vgl. Junius, K., Tödtmann, K., (2010,S.17)

⁷⁰ vgl. Junius, K., Tödtmann, K., (2010,S.17)

Die daraus resultierende Kettenreaktion verschlechterte die Probleme und setzte Griechenland und dessen Regierung zusätzlich unter Druck.⁷¹

In der Fachliteratur wird häufig erwähnt, Griechenland sei eigentlich gar nicht in Insolvenzgefahr gewesen sei. Vielmehr konnte der Staat durch die steigenden Zinsen und Risikoprämien und somit steigenden Schulden der Schuldenkrise nicht mehr aus eigener Kraft entgegen wirken. Problematisch ist, dass durch die Reaktion am Finanzmarkt ein Land in eine finanzielle Krise geriet, das diese vielleicht auch ohne Hilfspaket überstanden hätte. Ein weiterer verschärfender Faktor war die große Zeitspanne, in der mit der EU verhandelt wurde, ob und wie viel finanzielle Mittelhilfe das Paket beinhalten werde. Wieder eine Möglichkeit für Investoren, auf eine griechische Illiquidität zu setzen. Wären die Hilfszahlungen ohne viel Aufsehen beschlossen und überwiesen worden, hätte diese Kettenreaktion vielleicht verringert oder sogar verhindert werden können. Die Verunsicherung der Investoren ist auch damit zu erklären, dass nicht sicher war, wie die Europäische Union mit Griechenland umgehen werde.⁷²

Die schlechte Finanzlage Griechenlands führte zu einem Vertrauensverlust der Marktteilnehmer. Die Auswirkung war der Rückzug der Finanzakteure. Wenn sich am Finanzmarkt Erwartungshaltungen verbreiten, dass ein Staat der Eurozone durch unsolide Staatsfinanzen den Euro destabilisieren könnte, wird vermutet, dass diese Verschuldungslage nicht lange erhalten werden kann. Als Reaktion stellt diese Entwicklung das Vertrauen an die Gemeinschaftswährung in Frage.⁷³

3.6. Strukturelle Probleme Griechenlands

Griechenland wurde 2001 Mitglied der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und erfüllte zu diesem Zeitpunkt die Maastricht Kriterien. Der Staat war weder strukturell noch institutionell ein optimaler Kandidat, aber trotzdem konnte die damalige Regierung die Richtlinien erfüllen. Die nationalen Probleme Griechenlands waren kein Geheimnis, aber Beobachter hofften, dass der Euroraum dem Staat Stabilität bringen würde und durch die strengen Auflagen eine ordnungsgemäße Haushaltspolitik erfüllen würde. Im Jahr 1981 betrug der griechische Schuldenstand 34,9% und nur 10

⁷¹ vgl: Fricke, T.: (2010, S. 6)

⁷² vgl. Fricke, T., (2010, S. 6)

⁷³ vgl. Siebert, H., (2002, S.3)

Jahre später war der Wert bereits dreistellig. 1991 hatte Griechenland mit einer zweistelligen Inflationsrate zu kämpfen. Jedoch konnten innerhalb von 8 Jahren überraschenderweise alle Werte bereinigt werden und einer Aufnahme in die EWWU stand nichts mehr im Weg.⁷⁴

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den strukturellen Problemen Griechenlands. Am Besten sind diese Mängel zu erklären indem man dem Memorandum of Understanding folgt. Dieser Plan wurde bereits in dem *Kapitel 2.3* und in weiterer Folge im *Kapitel 2.4* genauer beschrieben. Das Sparprogramm stützt sich auf vier Säulen, die auch gleichzeitig die strukturellen Schwächen des Landes beschreiben.⁷⁵

- Hohe Personal- und Sozialausgaben
- Eine notwendige Rentenreform
- Hohe Rüstungsausgaben
- Steuereinnahmen

Diese vier Punkte werden in den folgenden Kapiteln näher bearbeitet. Des Weiteren wird der Faktor Korruption eingehend erläutert.

3.6.1. Hohe Personal- und Sozialausgaben

Region	Social Protection	Public Services
Greece	42,42	19,2
OECD Average	34,2	13,8

Abb. 17: *Percent of total government expenditures – 2006*⁷⁶

Abbildung 17 veranschaulicht die hohen Sozialausgaben der griechischen Regierung. Stellt man Griechenland anderen Staaten gegenüber, liegt das Land bei den Ausgaben im sozialen Sektor weit über dem OECD-Durchschnitt. Ein großer Anteil der finanziellen Mittel Griechenlands fließt trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage in

⁷⁴ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.49)

⁷⁵ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/europas-sorgenkind-sogar-die-griechen-muessen-bald-steuern-zahlen/50073421.html>

⁷⁶ vgl. Abboushi, S. (2010, S.95)

soziale Projekte und nicht in die wirtschaftliche Stabilisierung oder den Aufbau des Staates.⁷⁷

Gleichzeitig mit dem Beitritt zur EU fand der Amtsantritt von Andreas Papandreou statt, der den öffentlichen Dienst erweiterte.⁷⁸ Der überbesetzte öffentliche Dienst spielt auch eine große Rolle in der Griechenland Krise. Ein Viertel der Bevölkerung lebt von einem Einkommen, das ein Familienmitglied im öffentlichen Dienst erwirtschaftet.⁷⁹ 2009 wurden kurz vor den Parlamentsneuwahl noch 100.000 Beamte neu angestellt, um die Wähler zu mobilisieren und dem damaligen Ministerpräsidenten Kostas Karamanlis eine weitere Amtsperiode zu sichern. Kostas Karamanlis erlitt jedoch eine Niederlage und die Opposition konnte einen Wahlsieg feiern.⁸⁰

Die politischen Parteien Griechenlands besetzen Posten in öffentlichen Ämtern vorrangig mit Personen aus eigenen Reihen. Insgesamt verbrauchen die Gehälter und Renten des öffentlichen Dienstes zusammen mit den Sozialausgaben die Hälfte der Steuereinnahmen. Maßnahmen die nun gesetzt wurden, beinhalten einen Stopp bei Neueinstellungen, was zu Einsparungen von 9,3 Milliarden Euro beitragen soll. Des Weiteren wurde beschlossen nur jeden vierten Angestellten, der in Pension geht, zu ersetzen. Die Vorgaben für jedes Ministerium sind 10% Kürzung des Personalbudgets zu erzielen.⁸¹

Im öffentlichen Dienst werden folgende Reformpunkte angestrebt:⁸²

- Errichtung einer zentralen Entlohnungsstelle
- Erstellung einer elektronischen Plattform für alle Bereiche zur Auftragsvergabe
- Veröffentlichung von staatlichen Ausgabeentscheidungen
- Regionale Verwaltungsreform
- Reduktion von administrativen und bürokratischen Hürden

⁷⁷ vgl. Abboushi, S. (2010, S.95)

⁷⁸ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.49)

⁷⁹ vgl. Wehr, A., (2010, S.67)

⁸⁰ vgl. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/539496/Im-Club-Med-der-leeren-Kassen>

⁸¹ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/europas-sorgenkind-sogar-die-griechen-muessen-bald-steuern-zahlen/50073421.html>

⁸² vgl. Meyer, D. (2010, S.618)

3.6.2. Pensionsreform

Die wichtigsten Punkte in der Pensionsreform sind:⁸³

- Vereinfachung des Pensionssystems durch Zusammenlegung existierender Pensionsversicherungen und der Einführung eines neuen Systems⁸⁴
- Die ausgezahlten Beträge an die Leistungen anpassen
- Anhebung des Pensionsalter auf einheitliche 65 Jahre
- Mindestalter für Pensionsantritt auf 60 Jahre festlegen
- Schrittweise Erhöhung der Zahl der Beitragsjahre⁸⁵
- Automatische Anpassung im Abstand von drei Jahren⁸⁶
- Durchschnittliche Erwerbszeit als Bemessungsgrundlage
- Einschränkung des Zugangs zu einer frühen Pension
- Überarbeitung und Verkürzung der Liste der Schwerberufe.

Eine der notwendigsten Reformen und zentraler Punkt im Haushalt 2011, die Griechenland vornehmen muss, ist die durchgreifende Rentenreform. Das Mindestalter für den Bezug einer Pension in Griechenland ist mit 58 Jahren das mit Abstand Niedrigste in der Eurozone. Im Vergleich dazu liegt das Pensionsalter in Japan bei 67 Jahren, in den USA 65,8 Jahren und in Großbritannien, Spanien und Italien bei 65 Jahren. Teil der geplanten Pensionsreform ist, das gesetzliche Rentenalter auf 65 Jahre festzulegen. Arbeitnehmer, die ihre Pension früher in Anspruch nehmen wollen, müssen Abzüge hinnehmen. Eine weitere Änderung ist die Berechnungsgrundlage. War bisher das Gehalt der letzten drei bis fünf Berufsjahre ausschlaggebend, wird nun die gesamte Erwerbszeit als Bemessungsgrundlage herangezogen.⁸⁷

Die Sozialversicherungen Griechenlands leiden unter einem hohen Defizit. Ohne eine Pensionsreform würden die Kosten für Pensionen laut OECD bis 2050, bis zu 20% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Bereits 2008 wurden 133 Sozialkassen zu 13

⁸³ vgl. Meyer, D. (2010, S.618)

⁸⁴ vgl. Wehr, A. (2010, S. 82)

⁸⁵ vgl. Wehr, A. (2010, S. 82)

⁸⁶ vgl. Wehr, A. (2010, S. 82)

⁸⁷ vgl. Wehr, A., (2010, S.81)

fusioniert. Die Entwicklung soll langfristig fortgesetzt werden, sodass letztendlich drei große Sozialversicherungen bestehen bleiben sollen.⁸⁸

3.6.3. Rüstungsausgaben

Das hohe Militärbudget der Griechen ist ein weiteres traditionelles Problem und ein jährlicher hoher Kostenpunkt im Staatshaushalt. Griechenland budgetiert 4,3% des Bruttoinlandsproduktes für Rüstungsausgaben. Die Summe der operativen Ausgaben für militärische Belange ist doppelt so hoch wie die Deutschlands. Der Durchschnitt der Mittel, die OECD Staaten für Verteidigung veranschlagen, liegt bei 1,7%. Die Erklärung der griechischen Regierung für diese hohen Ausgaben sind die jahrelangen politischen Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland. Obwohl beide Länder NATO Partner sind und sich demnach nicht angreifen dürfen, werden diese Differenzen immer wieder als Grund für die hohen Rüstungskosten angegeben.⁸⁹ Um den monetären Aufwand für militärische Ausrüstung zu verringern, sind im Sparbudget Griechenlands Kürzungen um 500 Millionen Euro geplant.⁹⁰

Griechenland ist ein wichtiger Kunde der europäischen Rüstungsexporteure. 12% der Waffen, die von Deutschland und Frankreich in den Jahren von 2004 bis 2008 produziert wurden, wurden nach Griechenland exportiert.⁹¹

3.6.4. Steuereinnahmen

Ein weiterer wichtiger Punkt der Sparmaßnahmen und somit auch der strukturellen Mängel Griechenlands sind die geplanten Steuerregelungen. Mit den geplanten Maßnahmen versucht die griechische Regierung mehr Gerechtigkeit und eine horizontale Gleichbehandlung von Einkommen zu erreichen. Die Steuerreform die in dem Budget 2011 geplant ist, soll lange bekannte Mängel des Steuersystems Griechenlands verbessern. Die wichtigsten Punkte dieser Reform sind die Verringerung der hohen Steuerhinterziehung durch neue Gesetze, Förderung der Transparenz der Steuerverwaltung und die Erhöhung der Effektivität der Arbeit der Finanzbehörde.⁹²

⁸⁸ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/europas-sorgenkind-sogar-die-griechen-muessen-bald-steuern-zahlen/50073421.html>

⁸⁹ vgl. Wehr, A., (2010, S.68 – 70)

⁹⁰ vgl. Ministry of Finance, Budget 2011 (S. 20)

⁹¹ vgl. Wehr, A., (2010, S.69)

⁹² vgl. Ministry of Finance, Economic Adjustment Program

	Tax arrears collected 1/1/2010-30/9/2010
Individuals	666,296,553
Companies	461,153,928
Total	1,127,450,482

Abb. 18: *Collection of tax arrears*⁹³

Abbildung 18 zeigt das Ausmaß der Steuerrückstände der ersten 10 Monate des Jahres 2010. Eine der wichtigsten Reformen des Budgets 2011 ist das Bewusstsein der Bevölkerung zu sensibilisieren, wie notwendig die Steuereinnahmen für den Staat sind und somit die Steuerhinterziehung zu verringern.

Besonders hervorzuheben ist, dass Schätzungen zufolge in Griechenland ein Drittel der wirtschaftlichen Aktivitäten nicht vom Finanzamt registriert werden. Im Vergleich zu anderen OECD Ländern würde Griechenland hier an erster Stelle liegen. Laut Steuerstatistik 2008 verdienten Berufsgruppen wie Rechtsanwälte und Ärzte 10.500 Euro im Jahr. Diese Angaben liegen deutlich unter den 16.000 Euro, die ein durchschnittlicher Angestellter verdient. Der Berufsgruppe der Freiberufler wird vorgeworfen ihre korrekten Einkünfte zu verschleiern, denn 95% ihrer Steuererklärungen liegen unter 30.000 Euro. Der daraus resultierende jährliche Steuerverlust wird auf 3 Milliarden Euro geschätzt.⁹⁴ Griechische Bürger mit einem hohen Einkommen werden kaum besteuert und die Quote hinterzogener Mehrwertsteuern wird auf 30 Prozent geschätzt, wobei der europäische Durchschnitt bei 2 Prozent liegt.⁹⁵

Um die Effektivität der Finanzbehörden zu erhöhen sind Maßnahmen geplant, wie die Umstrukturierung der lokalen Finanzämter und des Finanzministeriums und die Einführung neuer Informationssysteme zur Unterstützung der steuerlichen Angelegenheiten.⁹⁶

⁹³ vgl. Ministry of Finance, Economic Adjustment Program

⁹⁴ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/europas-sorgenkind-sogar-die-griechen-muessen-bald-steuern-zahlen/50073421.html>

⁹⁵ vgl. Wehr., A. (2010, S.66)

⁹⁶ vgl. Ministry of Finance, Economic Adjustment Program

3.6.5. Korruption

Die Anti-Korruptionsagentur Transparency Agency veröffentlicht jährlich ein Korruptionswahrnehmungsranking. Dieses Ranking listet alle Staaten weltweit nach ihrem Corruption Perception Index (CPI) auf.

„Der CPI misst den Grad der im öffentlichen Sektor – bei Beamten und Politikern – wahrgenommenen Korruption“ (Transparency International)

Der Wert bewegt sich auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 als sehr korrupt wahrgenommen wird und 10 als wenig korrupt. Griechenland liegt bei diesem Ranking aus dem Jahr 2010 auf Platz 78 von 178 mit einem CPI von 3,5. Im Vergleich dazu haben Österreich und Deutschland, beide auf Platz 15, einen CPI von 7,9, Spanien, auf Rang 30, einen CPI von 6,1. Dänemark liegt an der Spitze der Wertung auf Rang 1 mit 9,3. Zu erkennen ist, dass Griechenland eine sehr hohe Korruptionsrate aufweist.⁹⁷

Ein Bericht der Anti-Korruptionsorganisation Transparency Agency spricht von insgesamt 787 Millionen Euro Bestechungsgeld, die griechische Haushalte im Jahr 2009 zahlen mussten. Dieser Betrag ist in Zahlungen an Angestellte des öffentlichen Dienstes in der Höhe von 462 Millionen Euro und in Geldflüssen im privaten Sektor aufgeteilt, wobei letzterer Bereich mit jährlich 325 Millionen Euro beziffert wird. Die größten Empfänger der Bestechungsgelder sind laut Transparency Agency öffentliche Krankenhäuser und die Finanzämter. Der griechische Ministerpräsident Giorgos Andrea Papandreou beschrieb sein Land 2010 mit den Worten, die Politik sei ineffizient, Korruption sei weit verbreitet und die Bürokratie wird zu wichtig genommen.⁹⁸

Korruption ist ein ernstzunehmendes Problem, dass nicht nur Griechenland betrifft, sondern auch viele andere Staaten weltweit. Korruption schadet dem Staat, indem Regelungen umgangen werden, oder Steuern hinterzogen werden, die der Staat zur Sanierung seines Haushaltes dringend benötigen würde.⁹⁹

⁹⁷ vgl. <http://www.transparency.de/Corruption-Perceptions-Index-2.1742.0.html>

⁹⁸ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.51)

⁹⁹ vgl. <http://www.transparency.de/Corruption-Perceptions-Index-2.1742.0.html>

4. Die Europäische Währungsunion

„Eine Wirtschaftsunion ist der Zusammenschluss von selbstständigen Staaten zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet mit binnenmarktgleichen Verhältnissen.“¹⁰⁰

„Eine Währungsunion ist die unwiderrufliche Fixierung des Wechselkurses zwischen zwei oder mehreren Währungen, oder durch die Übernahme einer neuen (gemeinsamen) Währung“¹⁰¹

Der Europäische Rat entschied sich im Juni 1988 für die schrittweise Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Ein Ausschuss, bestehend aus den Präsidenten der nationalen Zentralbanken der Europäischen Gemeinschaft (EG), dem damaligen Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) Alexandre Lamfalussy, dem dänischen Professor für Wirtschaftswissenschaften Niels Thygesen und dem damaligen Präsident der Banco Exterior de Espana Miguel Boyer, arbeitete an der Realisierung der EWWU. Dieser Ausschuss legte den Delors-Bericht vor, der plante, die EWWU in drei aufbauenden Schritten zu verwirklichen.¹⁰²

¹⁰⁰ vgl. <http://www.economia48.com/deu/d/wirtschaftsunion/wirtschaftsunion.htm>

¹⁰¹ vgl. <http://www.economia48.com/deu/d/waehrungsunion/waehrungsunion.htm>

¹⁰² vgl. Cooper, L., Tomic, A. (2007, S.60)



Abb. 19: Die drei Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion¹⁰³

Abbildung 19 veranschaulicht die drei Stufen der Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und führt die wichtigsten Punkte der Schritte an.

4.1. Die erste Stufe der EWWU

Am 1. Juli 1990 wurde der erste Schritt zur Verwirklichung der EWWU eingeleitet, der beinhaltete, dass sämtliche Restriktionen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten aufgehoben werden sollten. Außerdem wurden dem Ausschuss der Zentralbankpräsidenten der Mitgliedsstaaten weitere Kompetenzen zugesprochen, wie die Durchführung von Konsultationen und die Verbesserung der Koordination zwischen den Geldpolitiken der Mitgliedsstaaten, um Preisstabilität zu erreichen. Um die zweite

¹⁰³ vgl. <http://www.ecb.int/ecb/history/emu/html/index.de.html>

und dritte Stufe einleiten zu können und um die erforderliche institutionelle Struktur zu schaffen, mussten auch rechtliche Vorbereitungen getroffen werden.¹⁰⁴

4.1.1. Vertrag von Maastricht

Mit dem Maastricht Vertrag 1992 wurde die Europäische Union mit folgenden Mitgliedsstaaten offiziell gegründet: Belgien, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Griechenland, Dänemark und Großbritannien.¹⁰⁵ Der Delor Bericht legte den Grundstein für den Maastricht Vertrag, der am 7.2.1992 unterzeichnet wurde und am 1. November 1993 in Kraft trat mit folgenden 5 Hauptzielen:¹⁰⁶

- Stärkung der demokratischen Legitimität der Organe
- Bessere Funktionsfähigkeit der Organe
- Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion
- Entwicklung einer sozialen Dimension der Gemeinschaft
- Einführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Durch den Vertrag von Maastricht entstand die Europäische Zentralbank. Der Vertrag beinhaltet weiters einige Kriterien, die die Mitgliedsstaaten erfüllen müssen, um der EWWU beitreten zu können und die ein hohes Maß an finanzieller Disziplin fordern:¹⁰⁷

- Die Inflationsrate darf den Wert des Durchschnittswertes der drei Staaten mit der niedrigsten Inflationsrate nicht mehr als 1,5% übersteigen
- Langfristige Zinssätze dürfen maximal 2% über dem durchschnittlichen Wert der drei Länder mit den niedrigsten Zinssätzen liegen
- Die Staatsverschuldung muss entweder unter 60% des BIP liegen oder sich an diesen Wert annähern
- Die nationale Währung darf innerhalb der letzten 2 Jahre nicht abgewertet worden sein

¹⁰⁴ vgl. <http://www.ecb.int/ecb/history/emu/html/index.de.html>

¹⁰⁵ vgl. Cooper, L., Tomic, A. (2007, S.60)

¹⁰⁶ vgl.

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/institutional_and_economic_framework/treaties_maastricht_de.htm

¹⁰⁷ vgl. Cooper, L ; Tomic, A. (2007, S.60)

Wie die 60% Staatsschuldenquote und die 3% Defizitgrenze entstanden sind, kann man durch folgende Überlegung ableiten. Nimmt man für die Eurozone 3% reales Wachstum an, bei einer geforderten Inflationsrate von 2%, resultiert ein Anstieg des nominalen BIP von 5%. Geht man davon aus, dass eine Schuldenquote von 60% für die Mitglieder der EWWU durchführbar ist, ergibt sich aus dieser Berechnung ein Defizit von 3%.¹⁰⁸

Mit der Einführung des Wachstums- und Stabilitätspaktes 5 Jahre nach dem Vertrag von Maastricht, wurden Strafen eingeführt, um die Mitgliedsstaaten anzuhalten, die oben genannten Kriterien zu erfüllen (*siehe Kapitel 4.4*).

4.2. Die zweite Stufe der EWWU

Im Januar 1994 wurde das Europäische Währungsinstitut (EWI) gegründet und gleichzeitig der Ausschuss der Zentralbankpräsidenten aufgelöst. Die wichtigsten Aufgaben des EWI waren die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken, die Koordinierung der Geldpolitiken zu intensivieren und die Vorbereitungen für die Gründung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) zu treffen. Außerdem sollte das EWI die Durchführung einer einheitlichen Geldpolitik und die Schaffung einer gemeinsamen Währung in der dritten Stufe bearbeiten.

Im Dezember 1995 entschied der Europäische Rat die Währung, die in der dritten Stufe eingeführt wird, „Euro“ zu nennen und legte den Beginn der dritten Stufe auf den 1. Januar 1999 fest. Es wurde zusätzlich ein Stabilitäts- und Wachstumspakt verabschiedet, der zwei Verordnungen beinhaltet, die zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin dienen sollten.¹⁰⁹ Dieser Pakt wird in *Kapitel 4.4* genauer beschrieben.

4.3. Die dritte Stufe der EWWU

Im dritten und letzten Schritt wurde ein unwiderruflicher Wechselkurs der Währungen der elf Mitgliedsstaaten festgelegt und die Durchführung einer gemeinsamen Geldpolitik unter der Aufsicht der EZB beschlossen. Am 1. Januar 2001 schloss sich Griechenland der EWWU an wodurch der Staat automatisch in die dritte Stufe der Verwirklichung der EWWU eintrat und die griechische Zentralbank ein Teil des

¹⁰⁸ vgl. Junius, K., Tödtmann, K. (2010, S.17)

¹⁰⁹ vgl. <http://www.ecb.int/ecb/history/emu/html/index.de.html>

Eurosystems wurde. 2002 wurde der Euro als einzige Währung in 12 Mitgliedsstaaten eingeführt.¹¹⁰

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion hat das Ziel den Mitgliedsländern freien Kapitalverkehr zu ermöglichen, somit Kosten zu senken, Wachstum zu stimulieren und einen einheitlichen europäischen Markt zu schaffen. Abgesehen von den ökonomischen Vorteilen, die die EWWU mit sich bringt, gab es auch einige politische Motive einen gemeinsamen Euro Raum zu schaffen. Ausschlaggebend war der Wunsch nach Frieden und Wohlstand, der nach dem Zweiten Weltkrieg besonders ausgeprägt war. Ein vereinigtes Europa würde seine Mitglieder auch vor Kriegen schützen. Auch der Wunsch nach wirtschaftlichem Aufschwung wurde erfüllt, mit der Schaffung eines gemeinsamen Marktes, von dem alle Mitglieder profitieren konnten.¹¹¹ Der Wunsch nach Frieden und Wohlstand ist heute klarerweise nicht schwächer.

4.4. Der Wachstums- und Stabilitätspakt

Seit der Unterzeichnung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist es dessen Hauptaufgabe, Defizite im Euroraum zu vermeiden und eine stabile öffentliche Finanzlage der Euroländer zu sichern. Diesem Pakt liegt die EntschlieÙung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam, 17. Juni 1997) [Amtsblatt C 236 vom 2.8.1997] zugrunde.

Die Aufgabe des Stabilitätspaktes ist, die Fiskalpolitik der Mitgliedsländer zu zwingen, nationale Haushaltsdefizite und somit auch die Staatsverschuldung so minimal wie möglich zu halten, mit dem übergeordneten Ziel, den Euro stabil zu halten und als Gemeinschaftswährung abzusichern. Je besser die nationale Finanzpolitik der einzelnen Nationen arbeitet und wirtschaftet, desto stabiler wird die gemeinsame Währung – der Euro¹¹². Die Europäische Gemeinschaft ist durch eine gemeinsame Währung und festgelegter Rahmenbedingungen, wie die Grenzen von Staatsverschuldung und Inflationsrate wie in *Kapitel 3.4* beschrieben, von den funktionierenden Fiskalpolitiken abhängig. Das System kann nur reibungslos funktionieren, wenn alle Mitgliedsstaaten innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen haushalten.

¹¹⁰ vgl. <http://www.ecb.int/ecb/history/emu/html/index.de.html>

¹¹¹ vgl. Cooper, L ; Tomic, A. (2007, S.61)

¹¹² vgl. Siebert, H., (2002, S.1)

Die Mitgliedsstaaten einigten sich darauf, den nationalen Schuldenstand so niedrig wie möglich zu halten und erklärten sich einverstanden, sich an die Maastricht Kriterien zu halten, wobei bei Überschreitung dieser, Sanktionsmaßnahmen gesetzt werden. Das Ziel dieser Verordnung ist, dass die Geldpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten kontrolliert und überwacht wird, um präventiv gegen hohe Defizite wirken zu können. Diese Maßnahme soll die Disziplin der Mitgliedsländer, ihre Haushalte regelkonform zu führen, sicherstellen und trifft sowohl Länder in denen der Euro bereits Währung ist, als auch Länder, welche die einheitliche Währung noch nicht eingeführt haben.¹¹³

Das Abkommen sollte genau die Folgen, die die hohe Staatsverschuldung Griechenlands verursacht haben, wie steigende Zinssätze und den Vertrauensverlust in die finanzielle Stabilität der EU, verhindern. Die defizitäre Haushaltsführung Griechenlands hat nachteilige Auswirkungen für den gesamten Euroraum.¹¹⁴ Beispiele dieser Folgen sind die Instabilität der europäischen Währung und das Hilfspaket, das durch andere Mitgliedsstaaten finanziert wird. Diese Finanzierung wiederum könnte ein Problem für die finanzielle Lage der helfenden Länder darstellen.

Eine wichtige Funktion des Stabilitätspaktes soll die Abschirmung der Europäischen Zentralbank gegen politischen Druck von Mitgliedsstaaten sein, die sich in finanzieller Bedrängnis befinden. Ein Problem dabei ist, dass die Stabilität des Euros von dem Finanzhaushalt jedes einzelnen Staates abhängig ist. Da der Euro bei einer übermäßigen Verschuldung eines europäischen Landes möglicherweise instabil werden könnte, befindet sich der gesamte Euroraum unter Druck zu handeln. Hier kommt wiederum das Verbot zu tragen, dass es den Mitgliedsstaaten nicht erlaubt, laut Artikel 125 No-Bail-Out Klausel, sich gegenseitig finanziell zu unterstützen. Die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands hätte schwerwiegende Auswirkungen auf alle anderen Mitgliedsstaaten. Aufgrund der instabilen finanziellen Lage Griechenlands, das am Rande der Illiquidität steht, lässt sich erkennen, welcher Druck auf der Europäischen Zentralbank lastet, wenn ein Mitgliedsstaat finanziellen Schwierigkeiten ausgesetzt ist. Diese Situation kann durch verschiedene Ursachen hervorgerufen werden.¹¹⁵

¹¹³ vgl.

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/125019_de.htm

¹¹⁴ vgl. Gloede, O.; Menkhoff, L.; (2010, S.2)

¹¹⁵ vgl. Siebert, H., (2002, S.2-4)

Ein Grund wäre, dass Mitgliedsstaaten absichtlich eine defizitäre Haushaltspolitik verfolgen könnten, da sie eventuell Interesse haben, die Europäische Zentralbank als „*lender of last resort*“ zur Hilfe kommen zu lassen. Eine langjährige schlechte Haushaltsführung eines Staates kann aber auch zu einer so hohen Schuldenakkumulation führen, dass die EZB eine höhere Inflationsrate akzeptieren muss. Grundsätzlich müsste die europäische Zentralbank diesem Druck standhalten können, jedoch kommt dieser erst in voller Auswirkung zu tragen, wenn ein wichtiges Mitgliedsland in finanzielle Bedrängnis gerät.¹¹⁶

Der Wachstums- und Stabilitätspakt des Europäischen Rates fordert die Mitgliedsstaaten durch vorgegebene Regelungen auf eine annehmbare Haushaltspolitik zu betreiben. Die Mitgliedsstaaten sind dazu verpflichtet mittelfristig ein ausgeglichenes oder ein Überschuss aufweisendes Budget zu verfolgen. Außerdem müssen folgende Punkte von den Mitgliedsstaaten erfüllt werden:¹¹⁷

- Die Mitgliedsstaaten sollen an sie gerichtete Empfehlungen von sich aus veröffentlichen.
- Sie verpflichten sich zu Korrekturmaßnahmen, wenn die haushaltspolitischen Ziele nicht erfüllt werden.
- Diese Korrekturmaßnahmen müssen unverzüglich durchgeführt werden, sollte es Anzeichen für ein übermäßiges Defizit geben.
- Übermäßige Haushaltsdefizite sind so rasch wie möglich zu beseitigen.

4.4.1. Die präventive Komponente – haushaltspolitische Überwachung

In diesem Kapitel wird die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Kontrolle und Koordinierung der Fiskalpolitiken beschrieben und erklärt.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten setzen sich haushaltspolitische Ziele, die sie mittelfristig erreichen wollen. Diese Ziele können durchaus unterschiedlich sein, da nicht jeder Mitgliedsstaat die gleichen volkswirtschaftlichen Ziele erreichen kann. Vorgegeben ist eine Spanne zwischen -1% des BIP und einem ausgeglichenen oder Überschuss

¹¹⁶ vgl. Siebert, H., (2002, S.2-4)

¹¹⁷ vgl.

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/125021_de.htm

aufweisenden Haushalt. Dieser Haushaltplan kann bei großen strukturellen Veränderungen überarbeitet werden, muss aber spätestens alle vier Jahre angepasst werden. Die Überwachung dieser Haushaltsziele ist in Artikel 99 des EG-Vertrages festgelegt und hat das Ziel, staatliche Defizite schon präventiv zu erkennen und zu verhindern. Jeder Mitgliedsstaaten war verpflichtet dem Europäischen Rat bis 1. März 1999 ein Stabilitäts- und Konvergenzprogramm vorzulegen, das die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote, das mittelfristige Haushaltsziel, den Anpassungspfad dorthin, Ziele der mittelfristigen Geldpolitik, Hauptannahmen zur wirtschaftlichen Entwicklungen (Wachstum, Beschäftigung, Inflation), eine detaillierte Bewertung und Analyse der haushaltspolitischen Maßnahmen, Annahmen zu Verschuldenslage und gegebenenfalls Gründe für eine Abweichung von dem Anpassungspfad enthalten musste. Im Gegenzug dazu überprüft der Rat die Ziele und getroffenen Annahmen auf ihre Durchführbarkeit und entscheidet, ob diese realistisch sind. Stellt der Rat eine übermäßige Abweichung der aktuellen Haushaltslage der Mitgliedsstaaten fest, weist er die betroffenen Staaten darauf hin, die entsprechenden Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um ein Defizit zu verhindern („Frühwarnsystem“, Art. 99 Absatz 4 EG-Vertrag). Wenn der Mitgliedsstaat die empfohlenen Maßnahmen nicht initiiert und das Defizit über die erlaubten 3% des BIP steigt, wird ein Verfahren eingeleitet.¹¹⁸

4.4.2. Die korrektive Komponente – Verfahren bei einem übermäßigem Defizit

Im folgenden Teil wird das oben genannte Verfahren detailliert beschrieben. Grundlage dieses Prozesses ist die Verordnung (EG) Nr. [1467/97](#) des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigem Defizit [Amtsblatt L 209 vom 2.8.1997] [[Vgl. ändernde Rechtsakte](#)].

Diese Verordnung soll das Verfahren bei übermäßiger Überschuldung klären und schnell durchführbar machen, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Grundsätzlich gilt der Grenzwert des Haushaltsdefizites von 3% des

¹¹⁸ vgl.

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/125019_de.htm

Bruttoinlandsprodukts (BIP); es gibt jedoch zwei Ausnahmen, in denen dieser Wert als ausnahmsweise überschritten gilt:¹¹⁹

- Wenn diese Überschreitung auf Grund von Ereignissen passiert, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinflusst.
- Wenn diese Übertretung auf Grund eines Wirtschaftsabschwunges geschieht

Wenn der Europäische Rat erkennt, dass ein übermäßiges Defizit besteht, werden einige wichtige Faktoren überprüft, wie die mittelfristige Wirtschaftslage, Konjunkturbedingungen und die Umsetzungen der Haushaltspläne und Pensionsreformen. Danach wird dem betreffenden Mitgliedsstaat eine sechswöchige Frist gesetzt um die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten. Grundsätzlich soll das Defizit innerhalb des kommenden Jahres, in dem die Feststellung erfolgt, wieder bereinigt werden. Setzt ein Mitgliedsstaat die Empfehlungen des Rates nicht innerhalb von vier Monaten um, kann der Rat entsprechende Sanktionen veranlassen. Solch eine Sanktion wäre eine festverzinsliche Einlage bei der Gemeinschaft in Form einer festen Komponente in der Höhe von 0,2% des Bruttoinlandsproduktes und einer variablen Komponente in Höhe von einem Zehntel der Differenz zwischen dem Defizit und dem Referenzwert (3%).¹²⁰

¹¹⁹ vgl.

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/125020_de.htm

¹²⁰ vgl.

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/125020_de.htm

4.5. Kritik am Wachstums- und Stabilitätspakt

Die aktuelle Situation Griechenlands wirft die Frage auf, wie es trotz umfangreicher Kontrollen durch die Europäische Union zu solch einer Situation kommen konnte. Ist der Stabilitätspakt wirklich effektiv? Ist es sinnvoll eine Regelung zu erlassen, die besagt, dass die Euromitgliedsstaaten sich nicht gegenseitig helfen dürfen? Sollte es nicht das oberste Ziel sein, innerhalb der Europäischen Union ein gegenseitiges Verantwortungsgefühl zu schaffen, das alle Mitgliedsstaaten beinhaltet? Ist es effektiv, Länder, die ökonomisch und politisch ganz unterschiedlich funktionieren, unter ein Regelwerk zusammenzufassen?

Die Regelung in Artikel 125 (No-Bail-Out Klausel), die den Mitgliedsstaaten untersagt sich gegenseitig finanziell zu helfen, verlangt nach einer Anpassung an die veränderte Situationen und hat sicherlich an Glaubwürdigkeit eingebüßt.¹²¹

Durch die Weltwirtschaftskrise sind nicht nur in Europa Länder in Positionen geraten, in denen sie finanzielle Unterstützung bräuchten. Ist es zwingend, wenn ein Staat wie Griechenland Insolvenz eingestehen müsste, dass es ausschließlich der schlechten Haushaltsführung der Regierung zuzuschreiben wäre? Was passiert jedoch, wenn ein Staat wie Griechenland Opfer von Spekulationen im großen Ausmaß wird? Dann wäre es nicht mehr nur die Schuld des Landes und deren Haushaltspolitik. Natürlich kann die schlechte finanzielle Situation eines Landes wie im Fall Griechenlands nicht nur auf externe Faktoren zurückgeführt werden.¹²²

Bezugnehmend auf Griechenland spielt auch die lange Verhandlungsdauer der Mitgliedsstaaten, ob ein Hilfspaket beschlossen wird, eine Rolle. Das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung Griechenlands wurden in den Medien umfassend diskutiert, bis eine endgültige Entscheidung fiel. Diese lange Zeitspanne führte zu einer Beunruhigung der Investoren, die als Reaktion das Vertrauen in den griechischen Markt verloren und sich vom Markt zurückzogen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Personen, die Budgetdefizite der Staaten kontrollieren, oftmals die sind, die an dem Zustandekommen dieser maßgeblich beteiligt sind. Diese Tatsache ist eine Schwachstelle des Stabilitätspaktes und löst einen Rollenkonflikt aus. Die Finanzminister, die sich gegenseitig kontrollieren bzw.

¹²¹ vgl. Konrad, K., Zschäpitz, H. (2010, S.194)

¹²² vgl. Fricke, T., (2010, S. 6)

kontrollieren sollten, handeln politisch und nicht immer uneigennützig, was wiederum die Glaubwürdigkeit dieses Verfahrens in Frage stellt.¹²³

Der Wachstum- und Stabilitätspakt beinhaltet Regelungen, die für alle Mitgliedsstaaten gelten, wie eine Defizithöchstgrenze von 3% oder auch die Vorgabe, die Inflationsrate annähernd um 2% zu stabilisieren. Die länderspezifischen Unterschiede, die in einem Zusammenschluss von sovielen unterschiedlichen Ländern existieren, werden jedoch nicht berücksichtigt. Die „one size fits all“ Geldpolitik, die von der EWWU vorgegeben wird, wurde für manche Mitgliedsstaaten zu locker geschnürt und für andere Länder viel zu eng. Das bedeutet, dass zum Beispiel Deutschland durch die Einführung der gemeinsamen Währung nicht gleich viel profitiert hat wie andere Länder. Die neue Währung und die europäischen Richtlinien waren den neuen europäischen Gesetzen und Zielen schon vor dem Zusammenschluss ähnlich. Die schwierige Anpassung der unterschiedlichen Länder ist ein Kritikpunkt am Euro, da nationale Regierungen nach dem Beitritt schwerer auf länderspezifische Eigenheiten eingehen können, ohne europäische Richtlinien zu verletzen.¹²⁴ In der Literatur wird häufig erwähnt, dass Griechenland eher auf Grund von politischen Motiven in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen wurde, als wegen der Einhaltung der Maastricht Kriterien. Möglicherweise wäre es notwendig, mehr auf die nationalen ökonomischen Eigenheiten einzugehen. Vielleicht müssen die Grenzwerte individueller angepasst werden, um somit den nationalen Regierungen eine Möglichkeit zu geben, sich daran halten zu können. Dies könnte mehr Flexibilität in das Regelwerk der EWWU bringen. Es mag für Länder wie Deutschland, Frankreich und Österreich einfacher sein sich an Grenzwerte wie 60% Staatverschuldung zu halten. Jedoch Staaten wie Griechenland, die vor dem Eintritt in die EWWU ein Jahr länger gebraucht haben um die Kriterien zu erfüllen, werden die Fiskalpolitik möglicherweise nicht so einfach anpassen können.

Durch die Einführung des Euros wurde vorallem in den südlichen Euroländern der Zinssatz für Fremdkapital gesenkt, wodurch diese Staaten und auch deren Bevölkerung weniger für geliehenes Kapital zahlen mussten. Aufgrund dessen sank die Staatsverschuldung, was wiederum ermöglichte die Maastricht Kriterien zu erfüllen. Der Grund warum die Zinssätze fielen war einerseits die sinkende Inflationsrate und andererseits die sinkenden Risikoprämien. Diese Veränderungen geschahen hauptsächlich aufgrund des Vertrauens das sowohl die Bevölkerung Griechenlands als

¹²³ vgl. Siebert, H., (2002, S.16)

¹²⁴ vgl. Cooper, L., Tomic, A. (2007, S. 66)

auch die Regierung in die Europäische Union und den Euro setzte. Die Maastricht Kriterien konnten aufgrund des Vertrauens in die neue Währung und der Europäischen Gemeinschaft eingehalten werden und nicht weil Griechenland eine besonders strenge Haushaltspolitik führte.¹²⁵

¹²⁵ vgl. Bagus, P. (2010, S.57)

5. Zusammenfassung

Die wichtigste Aufgabe der griechischen Regierung in den nächsten Jahren ist, die Staatsverschuldung des Landes zu stabilisieren. Das größte Problem dabei ist, dass aufgrund der Herabsetzung der Kreditwürdigkeit durch Ratingagenturen, Kredite für Griechenland um ein Vielfaches teurer wurden. Führt ein Staat keine ordnungsgemäße Fiskalpolitik nach den Kriterien des Maastricht-Vertrages, führt dies zu einem Haushaltsdefizit. Das wiederum zeigt, dass in dem betreffenden Fiskaljahr die Ausgaben des Staates höher waren als die Einnahmen. Um dieses Defizit zu finanzieren und die öffentlichen Güter für die Bevölkerung weiterhin bereitstellen zu können, muss sich ein Land verschulden, um zu finanziellen Mitteln zu gelangen. Die Staatsverschuldung ist ein Instrument, um eigens produzierte Defizite im Staatshaushalt zu refinanzieren und ist zugleich auch ein Posten im Budget, der abgezahlt werden muss. Um das Fremdkapital zu finanzieren, müssen zumindest die jährlichen Zinsen bezahlt werden. Geschieht dies, erhöht sich der geschuldete Betrag in dem betreffenden Fiskaljahr nicht.

Wie konnte es nun zu der Situation Griechenlands kommen? Es gibt eine Reihe Argumente und jedes bildet einen kleinen Teil, der dazu beigetragen hat. Griechenlands strukturelle Mängel, wie der große Betrag, der jährlich der Steuerhinterziehung zugerechnet wird, der überbesetzte öffentliche Dienst, das niedrige durchschnittliche Pensionsantrittsalter, die hohen militärischen Ausgaben und die hohe Korruptionsrate, sind alle gemeinsam Faktoren, die den Staatsapparat verlangsamen und erheblich blockieren. Nicht nur die finanziellen Ströme, die nicht vom Finanzamt erfasst werden, sondern auch das Unverständnis der griechischen Bevölkerung erschwert die Arbeit der Regierung. Die dringend notwendigen Reformen stoßen bei der griechischen Bevölkerung auf großes Unverständnis. Um eine ordnungsgemäße Fiskalpolitik laut europäischen Richtlinien zu gewährleisten, müssen genau diese Reformen aber durchgeführt werden und das strenge Sparprogramm beibehalten werden. Das Haushaltsbudget für 2011 zeigt, dass durchaus positive Tendenzen zu erwarten sind und Griechenland bis 2014 wieder die Stabilisierung seiner Staatsschulden erreicht haben könnte.

Inwieweit spielt nun die Europäische Union eine Rolle in der griechischen Krise? Als Mitglied der Europäischen Union ist die hohe Staatsverschuldung Griechenlands nicht nur ein nationales Dilemma, sondern stellt die gesamte Eurozone vor ein Problem. Denn dies bedeutet sowohl für die Stabilität des Euros als auch für die Vertrauenswürdigkeit der gesamten Eurozone eine Gefahr. Griechenland ist nicht das einzige Land mit einem hohen Haushaltsdefizit und einer hohen Staatsverschuldung, jedoch ist es zu einem Großteil im Ausland verschuldet. Japan zum Beispiel, das eine weitaus höhere Verschuldung hat, ist fast zur Gänze im Inland verschuldet, was im Gegensatz zu Griechenlands Situation einen immensen Vorteil darstellt, da das nationale Vertrauen in einen Staat höher ist. Dieser Umstand erklärt auch, warum es zu der großen Unsicherheit am Finanzmarkt kam. Es wurde über einen längeren Zeitraum hinweg öffentlich diskutiert, ob es ein Hilfspaket für Griechenland geben wird. Diese Tatsache verursachte noch mehr Diskussionen und viele Investoren zogen sich zurück.

Nun stellt sich auch die Frage nach Kritikpunkten am Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die ernstzunehmende Problematik an dieser Vereinbarung ist, dass jeder Staat unterschiedlich auf die Richtlinien dieser Übereinkunft reagiert, sodass für manche Staaten eine größere Gefahr besteht als für andere. Länder die historisch gesehen weniger stabile volkswirtschaftliche Daten aufweisen können, wie zum Beispiel Griechenland, haben größere Anpassungsprobleme als Staaten wie Deutschland und Österreich.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine Vielzahl von Faktoren, vor allem aber die defizitäre Haushaltspolitik und die erheblichen strukturellen Mängel des Staates zu der finanziellen Situation Griechenlands geführt haben und nur eine weitaus strengere Fiskalpolitik über die nächsten Jahre das Land wieder in eine stabile Lage führen kann.

6. Quellenverzeichnis

6.1. Literatur

Abboushi, S., Greek Financial Crisis – Commentary, *Competition Forum*, Vol. 8(1), 2010, p.94 – 100.

Abboushi, S., Debt to GDP Ratio for Euro Countries - 2009, Greek Financial Crisis – Commentary, *Competition Forum*, Vol. 8(1), S. 95, 2010.

Abboushi, S., Government Deficit in % to GDP Ratio for Greece, Euro Zone and EU, Greek Financial Crisis – Commentary, *Competition Forum*, Vol. 8(1), S. 96, 2010.

Abboushi, S., Percent of total government expenditures, Greek Financial Crisis – Commentary, *Competition Forum*, Vol. 8(1), S. 95, 2010.

Arghyrou, M., Monetary policy before and after the euro: evidence from Greece, *Empirical Economics*, Vol. 36, 2009, p. 621-643.

Bagus, P., *The tragedy of the Euro*, Ludwig von Mises Institute, Alabama, Auburn 2010.

Buiter, W., Rahbari, E., *Greece and the fiscal crisis in the Eurozone*, CEPR Policy Inside, No.51, Centre for Economic Policy Research, October 2010.

Burda, M., Wyplosz, C., *Makroökonomie, eine europäische Perspektive*, 12.Auflage, Verlag Franz Vahlen, München, 1994.

Chaloupek, G., *Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderung für die Europäische Währungsunion*, Schriften der Keynes Gesellschaft, Band 3, Metropolis Verlag, Marburg, 2009.

Cooper, L., Tomic, A., European Monetary Union (EMU) and the Single Currency: Its current status, *Journal of International Business Research*, Vol.6, N.2, p.59, 2007.

Fricke, T., Kadritzke, N., Mamede, R., Fernandez de Liz, S., Ontiveros, E., Fink, P., Braun, M., *Euroland auf dem Prüfstand: Ist die Währungsunion noch zu retten?*, Friedrich Ebert Stiftung, International Policy Analysis, Mai 2010.

Gloede, O., Menkhoff, L., *The Greek- European Crisis: Imbalances, Financial Markets and the Stability of the Eurozone*, MRA Paper No. 21566, Leibnitz Universität Hannover, 2010.

Halstenberg, F., *Staatsverschuldung*, 1.Auflage, Klartext Verlag, Essen 2001.

Hellenic Republic, Ministry of Finance, *The Economic Adjustment Programm for Greece*, Decision 2010/320/EU, 2010.

Hellenic Republic Ministry of Finance, *Budget 2011 – Evolution of debt*,
<http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject,fileResourceObject,arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/budget/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate>, S. 8,
18.11.2010 (Zugriff am 13.2.2011)

Hellenic Republic Ministry of Finance, *Budget 2011 – Primary balance*,
<http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject,fileResourceObject,arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/budget/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate>, S. 9,
18.11.2010 (Zugriff am 13.2.2011)

Hellenic Republic Ministry of Finance, *Budget 2011 – Fiscal Adjustments 2010*,
<http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject,fileResourceObject,arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/budget/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate>, S. 11,
18.11.2010 (Zugriff am 13.2.2011)

Hellenic Republic Ministry of Finance, *Budget 2011 – Evolution of Deficit*,
<http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject,fileResourceObject,arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/budget/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate>, S. 5,
18.11.2010 (Zugriff am 13.2.2011)

Hellenic Republic Ministry of Finance, *Budget 2011 – Main componens of deficit revision*,
<http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject,fileResourceObject,arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/budget/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate>, S. 4,
18.11.2010 (Zugriff am 13.2.2011)

Hellenic Republic Ministry of Finance, *Budget 2011 – Main components of debt revision compared to April*,

<http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject,fileResourceObject,arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/budget/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate>, S. 7,

18.11.2010 (Zugriff am 13.2.2011)

Hellenic Republic Ministry of Finance, *Budget 2011 – Evolution of revenues and expenditures*,

<http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject,fileResourceObject,arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/budget/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate>, S. 6,

18.11.2010 (Zugriff am 13.2.2011)

Institut für Wirtschaftsforschung, *Fakten zu Griechenland und anderen Schuldnerstaaten der EU*, Mai 2010.

Junius, K., Tödtmann K., *Inflation und Staatsverschuldung*, IFO Schnelldienst, Jg. 63, p. 16, 2010.

Konrad, K., Zschäpitz, H., *Schulden ohne Sühne*, 2. Auflage, C.H.Beck oHG, München, 2010.

Meyer, D., Kredithilfe für Griechenland – eine ökonomische Analyse und Bewertung, *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, 63.Jg, H.12, S. 614 – 619, 2010.

Oxford Economics, Greece heading for default?, *Oxford Economics*, February 2010.

Pelagidis, T., Toay,T., Expensive Living: The Greek Experience under the Euro, *Intereconomics*, Vol.42, No.3, p. 167, 2007.

Siebert, H., *Weshalb die europäische Währungsunion den Stabilitätspakt braucht*, Kieler Arbeitspapiere 1134, Kiel 2002 (<http://hdl.handle.net/10419/2871>) .

Volbert, A., Demopoulos G., *Stabilization policies in Greece in the context of modern macroeconomic theory*, Duncker u. Humblot, 1. Auflage, Berlin 1989.

Wehr, A., *Griechenland, die Krise und der Euro*, PapyRossa Verlag, 1. Auflage, Köln 2010.

6.2. Internetquellen

Die große Enzyklopädie der Wirtschaft, „*Rating*“,

<http://www.economia48.com/deu/d/rating/rating.htm> , (Zugriff am 30.11.2010)

Die große Enzyklopädie der Wirtschaft, „*Währungsunion*“,

<http://www.economia48.com/deu/d/waehrungsunion/waehrungsunion.htm> , (Zugriff am 30.11.2010)

Die große Enzyklopädie der Wirtschaft, „*Wirtschaftsunion*“,

<http://www.economia48.com/deu/d/wirtschaftsunion/wirtschaftsunion.htm> , (Zugriff am 30.11.2010)

Die Europäische Zentralbank, „*Wirtschafts- und Währungsunion*“,

<http://www.ecb.int/ecb/history/emu/html/index.de.html>, (Zugriff am 29.10.2010)

Das Manager Magazin, „*Papandreou stellt ein hartes Sparprogramm vor*“,

<http://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/0,2828,681476,00.html>, (Zugriff am 10.11.2010)

Die deutsche Bundesregierung, „*Griechenlands Sparprogramm – anspruchsvoll und*

nachhaltig“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/05/2010-05-02-griechenland-hilfen.html>, (Zugriff am 10.11.2010)

Europäische Länder, „*Griechenland*“,

http://europa.eu/abc/european_countries/eu_members/greece/index_de.htm , (Zugriff am 10.11.2010)

Europa, „*Korrektive Komponente: Verfahren bei übermäßigen Defizit*“,

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stKoability_and_d_growth_pact/l25020_de.htm, (Zugriff am 10.11.2010)

Europa, „*Präventive Komponente: haushaltspolitische Überwachung*“,

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/l25019_de.htm, (Zugriff am 10.11.2010)

Europa, „*Entschließung des Europäischen Rates von Amsterdam über den Wachstums- und Stabilitätspakt*“,

http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/l25021_de.htm, (Zugriff am 10.11.2010)

EZB, Wirtschafts- und Währungsunion, Die drei Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion, <http://www.ecb.int/ecb/history/emu/html/index.de.html> , (Zugriff am 29.3.2011)

Forsyth, R., „The Grecian Formula breaks down“, *Barrons*, 2010/4, <http://online.barrons.com/article/SB127139226007177991.html>, (Zugriff am 11.1.2011)

Griechenland Zeitung, „Allgemeine Informationen – Landesdaten“, http://www.griechenland.net/allgemeine_infos_details.php?sid=3, (Zugriff am 10.11.2010)

Hellenic Republic Ministry of Finance, *Budget 2011*, 18.11.2010, <http://www.minfin.gr/portal/en/resource/contentObject/contentTypes/genericContentResourceObject.fileResourceObject.arrayOfFileResourceTypeObject/topicNames/budget/resourceRepresentationTemplate/contentObjectListAlternativeTemplate> , (Zugriff am 13.2.2011)

IMF World Economic Outlook 2010, Current account balances, http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/weorept.aspx?sy=2008&ey=2015&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&pr1.x=22&pr1.y=4&c=122%2C136%2C134%2C174%2C184&s=BCA_NGDPD&grp=0&a=#notes, (Zugriff am 29.10.2010)

Jessen,C., Schulze,R., Kreiner, P., Dumbs,H., Im Club Med der leeren Kassen, Die wichtigsten Wirtschaftsdaten von Portugal, Italien, Griechenland und Spanien, *Die Presse*, 13.2.2010, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/539496/Im-Club-Med-der-leeren-Kassen> (Zugriff am 20.1.2011)

Jessen,C., Schulze,R., Kreiner,P., Dumbs, H., Im Club Med der leeren Kassen, *Die Presse*, 14.Februar 2010, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/539496/Im-Club-Med-der-leeren-Kassen> , (Zugriff am 20.1.2011)

Kadritze,N., Rybak., A., Zapf, M., „Volksaufstand gegen Athens Sparkurs“, *Financial Times Deutschland*, 11.2.2010, <http://www.ftd.de/politik/europa/:griechenland-krise-volksaufstand-gegen-athens-sparkurs/50072534.html#preise> , (Zugriff am 24.1.2011)

Müller, H., Auf der Kippe, *Manager Magazin* Nr.3/2008, S.112-113. <http://www.manager-magazin.de/magazin/artikel/0.2828.537044.00.html>, (Zugriff am 20.1.2011)

OECD Economic Outlook Database, Current account balances,
http://www.oecd.org/document/12/0,3746,en_2649_37443_46600972_1_1_1_37443,00.html, (Zugriff am 24.1.2011)

OECD, Economic Outlook Database, Greece: Demand, Output and Prices,
http://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-greece_20752288-table-grc, (Zugriff am 10.1.2011)

OECD, Economic Outlook Database, Public Debt,
http://www.oecd.org/home/0,2987,en_2649_201185_1_1_1_1_1,00.html, (Zugriff am 13.1.2011)

OECD Economic Outlook, Japan: Demand and Output,
http://www.oecd.org/document/59/0,3746,en_33873108_33873539_45268539_1_1_1_1,00.html, (Zugriff am 13.1.2011)

OECD Economic Outlook, *Average Tax Wedge for different wage levels and household types in % of total labour costs in Greece*,
http://www.oecd.org/document/14/0,3746,en_33873108_33873421_45142734_1_1_1_1,00.html, (Zugriff am 13.1.2011)

Zapf, M., Ehrlich, P., „Sogar die Griechen müssen bald Steuern zahlen“, *Financial Times Deutschland*, 12. Februar 2010, S. 12, <http://www.ftd.de/politik/europa/:europas-sorgenkind-sogar-die-griechen-muessen-bald-steuern-zahlen/50073421.html>, (Zugriff am 20.1.2011)

Abstract

Griechenland befindet sich in einer ernstzunehmenden finanziellen Krise. Das Ziel dieser Arbeit ist, die Gründe für diese Situation herauszufiltern und die Maßnahmen zu beschreiben, die die griechische Regierung setzt. Die hohe Staatsverschuldung und das hohe Haushaltsdefizit des Staates sind nur ein Teil der Probleme des Landes. Trotz der strengen Auflagen der europäischen Union geriet Griechenland in eine finanzielle Misslage. Eine tiefgreifende Steuerreform, die Bekämpfung der Korruption, die Verringerung der Sozialausgaben und die Verkleinerung des Staatsapparates sind ein Teil der geplanten Maßnahmen. Grundsätzlich ist Griechenland nicht der einzige Staat der die Maastricht Kriterien nicht einhalten kann, jedoch sind die länderspezifischen Eigenheiten der unterschiedlichen Länder zu berücksichtigen. Nur durch tiefgreifende Reformen und einem strengen Sparprogramm kann Griechenland wieder auf europäischen Kurs gebracht werden.

Abstract

The main question of this paper is the how the greek debt crises affects the European union and how Greece could even get in this situation.

There are different factors that influenced the situation und played an important role in this crises. The greek government had to cope with an deficit of 15,4% of GDP or 36,2 billion Euros in 2009. For the fiscal year 2011 the government drafted a budget with the goal to reduce the deficit by 2% of GDP or 5 billion Euro. In 2009 the greek debt rised up to 126,8% of GDP. The government is forced to implement new laws concerning the tax system, the extremly high military spendings and the social spendings. Especially the social spendings are very high in Greece.

The question is how it was even possible for Greece to break the Maastricht criterias. Greece is not the only European country that cannot observe certain criterias of the EU as the dept border of 60% of GDP and the maximum deficit of 3% of GDP.

Curriculum vitae

Name:	Stefanie Antonia Menhofer
Adresse:	Kleine Neugasse 7/10 1050 Wien
Kontakt:	0650/9105574
E-Mail:	nini.menhofer@gmail.com
Geburtsdatum:	31.05.1986
Geburtsort:	Wien
Staatsbürgerschaft:	Österreich

Ausbildung

Oktober 2005 -	Universität Wien, BWZ Diplomstudium der Internationalen Betriebswirtschaft Vertiefung in den Bereichen: Finanzdienstleistungen und Internationales Management Thema der Diplomarbeit: Die Staatsverschuldung Griechenlands
08/2004 – 03/2005	University of Pittsburgh, PA., USA English Language Institute
1996 – 2004	AHS Frauengasse in Baden bei Wien Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium, 2500 Baden, Frauengasse 3-5

Berufserfahrung

Mai 2009 – Juni 2009 Österreich	WKÖ Aussenhandelsstelle Tokio, Japan Volontäreinsatz der Wirtschaftskammer
August 2003	FCB Retail

Assistentin der Geschäftsleitung
April 2005 – September 2005 **Care Company, Ogilvy Healthworld**
Praktikum, Erstellung einer Patientenbroschüre

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	C2
Italienisch	B1
Spanisch	A1
Sprachaufenthalte:	Großbritannien, Bury St. Edmunds Italien, Viareggio, Salerno

Zusatzqualifikation

IT- Kenntnisse	Office (Excel, Word, Power- Point)
Führerschein	Klasse B und E zu B (seit 2004)

Persönliche Interessen

Reiten	Mitglied des Reitvereins Magna Racino
Reisen	Asien, Nord- und Südamerika
Musik	